

Nr. 32 – 2024/2

EINDRUCK

das Magazin für Politik
von Bündnis C

In dieser Ausgabe

Nach der Europawahl
Landtagswahl Sachsen
Berichte Wahlkampf
Krieg und Frieden



Orientierung geben

bündnis C
Christen für Deutschland

www.buendnis-c.de



EINDRUCK
das Magazin für Politik
von Bündnis C

Nr. 32 – 2024/2 – Inhalt

Editorial	4
Ergebnisse Europawahl	6
Der Fotowettbewerb ist beendet	7
Klimaziele der EU und Versorgungssicherheit	8
Bündnis C: Europa muss sich auf christliche Prägung besinnen	9
Für Bündnis C und die ECPM beim Jerusalem Prayer Breakfast	11
ECPM Vollversammlung	12
Dekret für Israel dem Internationalen Gerichtshof übergeben	14
Mitglieder stellen sich vor	16
Ich bin dafür	17
Die Kraft des Gebets in politisch turbulenten Zeiten	18
Spendenaufruf	19
Ankündigung Bundesparteitag	20
Erneuter Graffiti-Anschlag auf die Bundesgeschäftsstelle	20
Aus den Landesverbänden	21
Pressemitteilungen	34
Pressefreiheit erhalten	40
Kurzstatements	41
Im Krieg bestehen	44
Infomaterial zum Weitergeben	45
Schlusswort	46
Impressum	Rücks.

Es begrüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Hartmut Voß, Annette König, Andrea Rehwald,
Karin Heepen, Mathias Scheuschner,
Verena Thümmel, Dr. Norbert Höhl,
Ute Büschkens-Schmidt (von li. nach re.)



Liebe Mitglieder und Interessenten,
sehr geehrte Damen und Herren,

Europa hat gewählt. Wir danken allen, die uns ihre Stimme gegeben und das Vertrauen ausgesprochen haben. Wir haben viel Zuspruch erhalten, christliche Leiter haben uns ihren Netzwerken empfohlen. Unsere Bundesgeschäftsstelle hat Berge Material zum Verteilen versandt. Wir haben fast 30 Videos der Kandidaten zu unseren Themen gepostet mit in der Spitze über 11 000 Aufrufen. Unser Wahlwerbespot wurde etwa 45 000 Mal aufgerufen und auf mehreren Fernsehsendern gezeigt. Die Sprecherin Esther Mangani stellt sich Ihnen in diesem Heft vor. Wir hatten zusammen mit der ECPM zwei gelungene Wahlveranstaltungen in Karlsruhe und in Dresden, die Sie auf unserem YouTube Kanal ansehen können, ebenso ein informatives Interview bei Hope TV. Unsere Kandidaten und Verbände vor Ort haben an Podiumsdiskussionen und Schulveranstaltungen teilgenommen, an Infoständen für Bündnis C geworben, unseren Kurzflyer in die Briefkästen verteilt und plakatiert. Berichte dazu können Sie in diesem Heft lesen. **Wir danken allen Aktiven, die diesen Wahlkampf bestritten und sich für Bündnis C eingesetzt haben, ebenso unseren Kandidaten, die bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg und in Mecklenburg-Vorpommern angetreten sind!**

Leider hat es für ein Mandat im Europaparlament nicht gereicht. Bündnis C fehlt noch immer der nötige Bekanntheitsgrad für eine flächendeckende Wirkung und die Wahrnehmung unter den Christen unseres Landes als Partei, die ihre eigene Weltsicht in der Politik zur Geltung bringt. Bitte sagen Sie jetzt nicht, es war wieder eine verlorene Stimme. Verlorene Stimmen sind die für Parteien, die unser Land und Europa zum Verlierer machen, zu einem Kontinent, der immer mehr den Bezug zu seinen Wurzeln verliert und damit seine Identität, Freiheit, Frieden und Wohlstand.

Das Ergebnis der Europawahl verfestigt die Polarisierung Europas und unserer Gesellschaft. Das ist leider auch von den vor uns liegenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt zu erwarten. Eine politische Wende wird es in Deutschland mit den jetzt konkurrierenden Parteien nicht geben. Eine politische Wende braucht eine geistliche Wende und das gemeinsame Einstehen der Christen unseres Landes dafür. Da sind wir noch nicht. **Erwarten wir die Ret-**

tung Deutschlands nicht länger von der Politik und von Parteien, die diese Hoffnung nicht erfüllen können, sondern in der Hinwendung zu Gott und Seinem Wort. Das ist zuerst die Aufgabe der Kirchen, und darin stehen wir weiter als Partei, um dieses Wort und Sein Wirken für die Politik unseres Landes fruchtbar zu machen.

Der nächsten Wahl in Deutschland stellt sich der Landesverband Sachsen. Wir gratulieren dem Verband zu 1 333 Unterstützerunterschriften, die sie in kurzer Zeit für ihre Liste für die Landtagswahl am 1. September gesammelt und damit die Zulassung zur Wahl erhalten haben! Bitte unterstützen Sie die Kandidaten in Sachsen bei ihrem Wahlkampf über den Sommer und mit einer großzügigen Spende für ihre Aktionen vor Ort!

Unser Einsatz für die Politik in Deutschland und Europa wird nicht weniger nötig. **Am 11. April, wenige Wochen vor Ende der Legislaturperiode, hat das Europaparlament mehrheitlich für eine Resolution gestimmt, das Recht auf körperliche Selbstbestimmung einschließlich sicherer und legaler Abtreibungen in der EU-Grundrechtecharta zu verankern.** Schwangerschaftsabbrüche sollen demnach auch verpflichtender Teil des Medizinstudiums in allen EU-Ländern werden. Der Antrag des Parlaments ist nicht bindend. Die Aussicht, dass alle 27 Mitgliedsstaaten dieser Änderung der Grundrechtecharta zustimmen, ist gering. Gesundheitsversorgung einschließlich der „sexuellen und reproduktiven Gesundheit“ fällt zudem in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten. Umso mehr war der Vorstoß des Parlaments ein alarmierendes Signal, das Leben der ungeborenen Kinder in Europa so offen zur Disposition zu stellen.

Leider ist von der aktuellen Bundesregierung eher nicht zu erwarten, dass sie der beabsichtigten Änderung der Grundrechtecharta ihre Zustimmung verweigert. In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause hat der Bundestag einen Gesetzentwurf der Ampelregierung zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes angenommen, der **Lebensrechtler aus dem Umkreis von Beratungsstellen und Abtreibungskliniken verbannt.** Während diese mit unwahren Behauptungen unter Generalverdacht gestellt und ihnen

erheblich das Grundrecht auf Versammlungs- Meinungs- und Religionsfreiheit eingeschränkt wird, bleiben tätliche Angriffe auf Organisationen, die das Lebensrecht verteidigen, ungeahndet. Auch unsere Bundesgeschäftsstelle in Karlsruhe wurde erneut Ziel eines Graffiti-Angriffs von Linksextremisten. Durchsichtiges ideologisches Ziel der Regierungskoalition ist es, Abtreibung als normale Gesundheitsversorgung zu etablieren. Dagegen werden wir weiter unsere Stimme erheben. Und die Europaabgeordneten der ECPM werden zusammenarbeiten, dass Artikel 2 der EU-Grundrechtecharta auch Kinder vor der Geburt einschließt: Jede Person hat das Recht auf Leben.

Der Bundestag hat außerdem im April mit knapper Mehrheit das hoch umstrittene **Selbstbestimmungsgesetz beschlossen**. Trotz massiver Kritik von Fachleuten, dass das Gesetz Kinder und Jugendliche gefährdet und Frauenrechte verletzt, wurde es unverändert durch den Bundestag gebracht. Es ist ein weiteres Gesetz unter der Ampelregierung, das die Fundamente unserer Gesellschaft erschüttert. Gott sei Dank, dass Er uns als Frauen und Männer geschaffen hat. Daran wird auch dieses Gesetz nichts ändern, und das ist gut so. **Diese Gesetze zeigen jedoch, wie dringend wir als Christen in der Politik Deutschlands und Europas gefordert sind, das Leben, die Natur des Menschen und der Schöpfung zu schützen.**

Ebenso sind wir in seiner zunehmenden internationalen Isolierung an die Seite Israels gerufen. Am 19. Juli 2024 hat der Internationale Gerichtshof (IGH) ein Gutachten zu Resolution 77/247 der Vereinten Nationen vom 30. Dezember 2022 veröffentlicht. Es erklärt darin die israelische Besatzung im Westjordanland und in Ost-Jerusalem für illegal. Israel müsse alle Siedlungsaktivitäten beenden, alle Siedler evakuieren, schnellstmöglich die besetzten Gebiete verlassen und den Palästinensern Schadensersatz zahlen. Alle Staaten seien verpflichtet, Israel nicht weiter bei der Aufrechterhaltung der Besatzung zu unterstützen.

Das Gutachten wurde zwei Wochen nach Akzeptanz eines Dekrets durch den IGH bekanntgegeben, in dem die Richter gewarnt wurden, dass Ostjerusalem, Judäa und Samaria unverhandelbar zu Israel gehören und das Land zu teilen im Konflikt mit der Bibel und dem Willen Gottes steht. Sie finden das Dekret in diesem Heft, ich habe es für Bündnis C in Den Haag mitunterzeichnet. Am Morgen des 15. Juli erhielten alle 15 Richter nochmals persönlich ein Schreiben mit dem

Dekret. Sie waren gewarnt, haben sich jedoch bis auf eine Richterin gegen Israel ausgesprochen.

Das Gutachten des IGH ist kein Urteil, wie fälschlich von vielen Medien wiedergegeben, und damit rechtlich nicht bindend. Es erhöht jedoch den internationalen Druck auf Israel. Die Bundesregierung sieht damit nach ersten Verlautbarungen ihre eigenen Positionen in vielen Punkten bestätigt, insbesondere was den Bau weiterer Siedlungen betrifft. Laut Außenministerin Baerbock soll Israel endlich den Weg freimachen für eine Zweistaatenlösung. Es bleibt unsere Verantwortung, die Regierenden davor zu warnen, das Land Israel zu teilen und damit unsere und andere Nationen unter Gericht zu bringen (Joel 4,1-2).

Vielleicht ist es unsere wichtigste Funktion als Partei, unsere Regierenden zu warnen in einer Zeit massiven Abfalls von den Ordnungen und Geboten Gottes und Orientierung zu geben. Das tun wir mit unseren Pressemitteilungen und Stellungnahmen in Kurzstatements zu aktuellen Themen, wie Sie sie auch in diesem Heft finden. In Hesekeel 33,6 lesen wir: *„Wenn aber der Wächter das Schwert kommen sieht und nicht die Posaune bläst und sein Volk nicht warnt und das Schwert kommt und nimmt einen von ihnen weg, so wird der wohl um seiner Sünde willen weggenommen; aber sein Blut will ich von der Hand des Wächters fordern“.* Wir tragen Verantwortung für unser Volk und unser Land und werden dafür zur Rechenschaft gezogen werden, wenn wir sie nicht wahrnehmen. In einer Zeit, in der sich die Welt auf Krieg vorbereitet, sollen wir ihr den Frieden Gottes anbieten und darin leben.

Möge uns diese Sommerzeit dazu dienen, diesen Frieden und im Auge des zunehmenden Sturms Sicherheit zu finden, um den Menschen im Chaos um uns herum Orientierung zu geben. Ich danke Ihnen für Ihre Verbundenheit mit Bündnis C und wünsche Ihnen eine gesegnete, erholsame Sommerzeit!



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Ergebnisse Europawahl

Danke für Ihre Stimme!

Wir danken allen, die uns im Europa-Wahlkampf unterstützt haben, die gebetet und uns ihre Stimme gegeben haben. Bündnis C – Christen für Deutschland erhielt 75 053 Stimmen (0,18859%). Zum Vergleich: 2019 waren es 66.327 Stimmen (0,17735 %), also ein Zuwachs von 8 726 Stimmen – leider zu wenig für ein Mandat im Europaparlament. Dafür hätten wir 227 000 Stimmen (0,572 %) gebraucht.

Vielen Dank für alle ermutigenden Zuschriften auch nach der Wahl. Wir bleiben weiter dran, bleiben Sie auch dabei, damit wir bekannt werden und wachsen.

Werden Sie Mitglied und helfen Sie uns, Bündnis C weiter aufzubauen, um eine starke politische Stimme in Deutschland zu werden.

Vielen Dank!

Der Bundesvorstand



Hier die Ergebnisse von Bündnis C in den einzelnen Bundesländern:

	Anzahl Stimmen	entspricht in %	Vergleich zur Europawahl 2019	in %
Baden-Württemberg	20.287	0,4	+3.586	+0,1
Bayern	8.512	0,1	+831	+0,0
Berlin	1.207	0,1	-255	-0,0
Brandenburg	1.481	0,1	+169	+0,0
Bremen	328	0,1	+126	+0,1
Hamburg	946	0,1	+145	+0,0
Hessen	5.510	0,2	+612	+0,0
Mecklenburg-Vorpommern	1.330	0,2	-30	-0,0
Niedersachsen	6.008	0,2	+367	+0,0
Nordrhein-Westfalen	12.769	0,2	+1.153	+0,0
Rheinland-Pfalz	3.631	0,2	+463	+0,0
Saarland	445	0,1	+165	+0,0
Sachsen	8.274	0,4	+1.259	+0,0
Sachsen-Anhalt	1.194	0,1	-9	-0,0
Schleswig-Holstein	1.529	0,1	+267	+0,0
Thüringen	1.602	0,2	-123	-0,0

Der Fotowettbewerb ist beendet

Von Anfang März bis kurz vor der Europawahl 2024 lief unser erster Fotowettbewerb. Unsere Mitglieder und Interessenten konnten Fotos oder selbst erstellte Fotomontagen einsenden, die einen direkten oder indirekten Bezug zum Europa-Wahlprogramm haben. Es wurden etwa 100 Bilder eingeschickt, die wir nun zusätzlich zur Verfügung haben für unsere Öffentlichkeitsarbeit. Passend zu Textbeiträgen auf Instagram, Facebook, in Broschüren, Flyern und auf unseren Bündnis C – Web-

seiten werden wir die Fotos nutzen. Sie verhelfen Bündnis C damit zu einem persönlicheren Öffentlichkeitsauftritt und sorgen dafür, dass wir nicht immer auf Bilder externer Anbieter zurückgreifen müssen.

Für jedes eingesandte Bild sagen wir Ihnen DANKE! Sie werden einige davon an verschiedenen Stellen in den Publikationen von Bündnis C vielleicht wiederentdecken.

Das sind die Gewinner:

Platz 1: „Freiheit (erst im Himmel)“ von R.E.



Platz 2: „#Stadt#Wiesbaden#Amöneburg“ von Sascha John



Plätze 3: „Israel“ von Oliver Krebs



„Gentechnik, Tier“ von R.E.

Klimaziele der EU und Versorgungssicherheit

Wahlveranstaltung am 25. April 2024 im Schlosshotel Karlsruhe

Bündnis C – Christen für Deutschland und die European Christian Political Movement haben im Vorfeld der Europawahl am 25.04.2025 gemeinsam zu einer Podiumsdiskussion zum Green Deal der EU mit Vertretern der Wirtschaft und unseren Spitzenkandidaten eingeladen.

Die Veranstaltung wurde von Jürgen Graalfs, Landesvorsitzender Bündnis C Baden-Württemberg und Europawahlkandidat auf Listenplatz 2, eröffnet und thematisch eingeführt. Lefteris Kaloterakis, politischer Sekretär der ECPM, stellte in einer Präsentation die europäische Partei vor mit ihren Kernzielen und Repräsentanz im Europaparlament. Mit Praktikern aus der Landwirtschaft, Energiewirtschaft und der Bauindustrie wurde unter Moderation von Benjamin Binder diskutiert:

- Was sind die Kernziele des Green Deal in den Bereichen der Grundversorgung Nahrung, Energie und Wohnen und wie sollen sie erreicht werden?
- Welche Herausforderungen gibt es im jeweiligen Versorgungsbereich?
- Was sind die Chancen für Innovation und Anpassung an Klimaveränderungen?
- Wo ist die Versorgungssicherheit gefährdet?
- Wie können wir die Grundversorgung menschen- und umweltgerecht sichern?

Andreas Schick, Geschäftsführer der Netze-Gesellschaft Südwest mbH, Dipl.-Ing. (FH), gab Einblicke in die verschiedenen Aspekte der Energiewende, diskutierte die Bedeutung von Wasserstoff als Brennstoff in Heizungssystemen und teilte seine Erfahrungen aus der Praxis. Die Integration von Wasserstoff in die Gasverteilnetze bietet die Möglichkeit, mit der Nutzung der bestehenden Gasinfrastruktur die Energiesicherheit zu verbessern. Damit kann die Wärmeversorgung für den Verbraucher zu einem Bruchteil der Kosten bereitgestellt werden, die bei alleiniger Nutzung von Elektrizität der nötige Ausbau der Stromnetze verursachen würde. Die EU-Ziele zur energetischen Gebäudesanierung verkennen die technischen Voraussetzungen von Bestandsbauten und sind im vorgesehenen Zeitraum nicht realisierbar. Die Wirtschaft muss Bottom-up arbeiten mit den vorhandenen technischen Möglichkeiten, statt nach politischen Vorgaben.



Helmut Jäger, Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Karlsruhe e.V., Dipl. Ing. agr. (FH), Landwirt, Energiewirt und Dienstleister, gab Einblicke in die Vorschriften für die Landwirtschaft und in die Probleme der Bauern bei der Umsetzung. Weniger Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger, mehr ökologische Landwirtschaft, mehr Flächen mit hoher Biodiversität und nichtproduktive Flächen werden absehbar bis zu 50% geringere Erträge verursachen. Damit werden Bauernhöfe in ihrer Existenz gefährdet und in der Folge die Versorgung. Was nicht im Land produziert wird, wird aus Ländern importiert mit deutlich niedrigeren Umweltstandards und langen Transportwegen. Landwirtschaftliche Flächen müssen der Nahrungsmittelproduktion vorbehalten sein zu wirtschaftlichen Bedingungen für die Bauern und nicht zunehmend der Energieerzeugung. Die Landwirte brauchen keine Subventionen, wenn sie auskömmliche Verbraucherpreise erzielen.

Dominic Potters, Vorstandsmitglied der European Christian Political Youth (ECPYouth), Unternehmer und politischer Sekretär der Flämischen Volksbewegung (Belgien), sprach zur Wohnungspolitik in Westeuropa mit Erfahrungen aus Antwerpen, wo er als Kabinettsberater tätig war. Sein Schwerpunkt lag auf den

Herausforderungen bei der Sanierung von Wohnungen und historischen Gebäuden sowie Investment, um sozial durchmischte Innenstädte zu erhalten. Städtische Mobilität und Logistik muss effizienter werden, um das Verkehrsaufkommen zu reduzieren. Er veranschaulichte außerdem am Beispiel der Chemieindustrie in Antwerpen, dass der Standort nicht durch EU-Vorgaben zur Ökologisierung auf Kosten von Innovation gefährdet werden darf.

Karin Heepen, Bundesvorsitzende und Spitzenkandidatin für die Europawahl von Bündnis C – Christen für Deutschland sowie Vizepräsidentin der European Christian Political Movement (ECPM), Dipl.-Ing., hinterfragte das Wissenschaftsverständnis des Green Deal, in dem Klimaprognosen absolut gesetzt werden, der Diskurs mit anderen Lehrmeinungen ausgeblendet und damit Fortschritt und Innovation behindert werden. Die Verquickung der Politik mit dem Großkapital

muss gelöst und der Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft von Vorschriften und Abgaben entlastet werden. Der mit dem Green Deal der EU beabsichtigte Umbau der Wirtschaft kann sich nur an den vorhandenen Ressourcen orientieren, die vor allem vom Nachwuchsmangel in den Industrienationen begrenzt werden. Priorität der Politik muss sein, in den multiplen Krisen praktikable Rahmenbedingungen für die Sicherung der Grundversorgung zu setzen in den Bereichen Nahrung, Energie, Wohnen, Infrastruktur und Katastrophenschutz. Statt Weltuntergangsszenarien investiert Bündnis C in eine gesunde, starke nächste Generation.

Fragen aus dem Publikum an die Podiumsgäste und ein reger Austausch im Anschluss bei Snacks und Getränken rundeten die Veranstaltung ab. Die Videoaufzeichnung ist auf dem YouTube Kanal von Bündnis C verfügbar.

(Pressemitteilung 29.04.2024)

Bündnis C: Europa muss sich auf christliche Prägung besinnen

Spitzenkandidatin: Nur so kann Integration von Flüchtlingen gelingen

Dresden (IDEA) – Dresden (IDEA) – Die Partei „Bündnis C – Christen für Deutschland“ fordert eine Besinnung auf die christliche Prägung Europas. Nur so könne die Integration von Flüchtlingen gelingen, sagte die Bundesvorsitzende und Spitzenkandidatin für die Europawahl, Karin Heepen (Erfurt), in Dresden. Sie äußerte sich bei einer Veranstaltung der Partei zum Thema Migration im „Haus der Kirche“ in Dresden. „Das christliche Verständnis der Menschenwürde hat die freiheitliche Kultur Europas geprägt“, erklärte Heepen. Es sei wichtig, klare Regeln für die Integration aufzustellen und den politischen Anspruch des Islams zurückzuweisen. Integration erfordere, dass sich Einwanderer in ein Land und dessen Kultur integrieren wollten. Sie selbst habe beispielsweise während eines Aufenthalts im Jemen „Kopftuch getragen und die arabische Sprache gelernt“. Einwanderer müssten sich aber auch als „Menschen willkommen fühlen und in Beziehungen lernen können“. Die Aufnahmekapazität einer Gesellschaft bemesse sich u. a. daran, inwieweit



Migration und Europa: Was unsere Politik verändern kann

Am 16. Mai 2024 um 19 Uhr
im Haus der Kirche (Dreikönigskirche) Dresden

Johannes de Jong, Sallux ECPM Foundation
Karin Heepen, Spitzenkandidatin Bündnis C zur Europawahl
Moderation: Michael Ragg, Agentur Ragg's Domspatz GbR

die „Einheimischen bereit sind, Beziehungen mit Einwanderern einzugehen“. Während der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 hätten viele Menschen ihre Häuser geöffnet. Aber Solidarität sei immer freiwillig und könne nicht erzwungen werden. Wenn man Menschen dazu unter Druck setze, wendeten sie sich ab und die Polarisierung in der Gesellschaft werde immer stärker. Heepen plädierte für eine Begrenzung der Migration, um erfolgreiche Integration zu ermöglichen. Darüber hinaus rief sie dazu auf, die Ursachen von Migration zu bekämpfen. Dafür sei eine Veränderung der deutschen und europäischen Wirtschafts- und Außenpolitik dringend notwendig.

Europas Erfolg wurzelt im Christentum

Der Erfolg von Europas kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung sei zum größten Teil auf das Christentum zurückzuführen, sagte der Journalist und TV-Moderator Michael Ragg (Oberstausen). So habe das Prinzip der Menschenwürde u. a. zur Entwicklung von Hospiz- und Krankenhaussystemen geführt. Auch seien alle Grundsätze des Rechtsstaates auf christliche Werte zurückzuführen. Weiter sagte Ragg, Christen müssten ein Vorbild für andere Kulturen sein: „Wer, wenn nicht die Christen, können den Menschen, die nicht mehr wissen, was eigentlich unsere Kultur ausmacht, Orientierung geben?“

Nahost-Experte: EU unterstützt extremistische Regierungen

Der Nahost-Experte Johannes de Jong (Amersfoort/Niederlande) führte aus, dass im Jahr 2023 fast die Hälfte der 1,14 Millionen Asylanträge in der EU von Flüchtlingen aus Syrien, dem Iran und der Türkei gestellt wurden. Die Ursache dafür sei vor allem in der aggressiven Expansionspolitik des Iran und der Türkei zu sehen. Trotzdem unterstütze die EU wegen ihrer Wirtschaftsinteressen weiterhin den Iran und betreibe gegenüber der Türkei eine „Appeasement-Politik“ (Beschwichtigungspolitik). Außerdem warnte de Jong vor einer nicht mehr zu bewältigenden Anzahl an Flüchtlingen. Laut Untersuchungen sei die Armut im Nahen Osten und in Afrika so groß, dass 300 Millionen Menschen nach Europa kommen könnten. Umso wichtiger sei es, die tatsächlichen Ursachen von Migration nicht weiter zu ignorieren. „Wir müssen das Gesamtbild verstehen und die Ursache an ihrer Wurzel anpacken“, so de Jong. Er ist Direktor der Beratungsfirma „Sallux ECPM Foundation“, die die europäische Partei ECPM (European Christian Political Movement – Europäische Christliche Politische Bewegung) berät. Bündnis C ist Mitglied der ECPM und tritt am 9. Juni bei der Europawahl an. Mit 0,6 Prozent der Wählerstimmen würde die Partei einen Sitz im Europäischen Parlament erhalten.

IDEA 22.05.2024

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der IDEA
Redaktion

Für Bündnis C und die ECPM beim Jerusalem Prayer Breakfast



Am 29. und 30. Mai 2024 fand zum achten Mal das Jerusalem Prayer Breakfast statt, eine einzigartige Unterstützerkonferenz für Israel von Politikern und christlichen Leitern aus der ganzen Welt. Trotz – oder gerade wegen – des Krieges kamen erneut mehr als 400 Menschen aus 40 Nationen in Jerusalem zusammen, um für Israel zu beten. Das internationale Treffen begann auch diesmal mit einem Empfang in der Knesset durch Gastgeber Matan Kahana.

Unter den deutschen Teilnehmern war Karin Heepen, Bundesvorsitzende der Partei Bündnis C – Christen für Deutschland und Vizepräsidentin der European Christian Political Movement (ECPM), die beim Gebetsfrühstück einen Beitrag für die ECPM brachte. Heepen bat als Deutsche zuerst das Volk Israel um Vergebung,

„wo meine Nation erneut versagt, sich klar an die Seite Israels zu stellen, wie es unsere Berufung ist, erst recht in dieser Stunde des Krieges und der Not“. Sie bat auch um Vergebung, wo die EU blindlings die Feinde Israels stark gemacht hat, und erklärte: „Israel, du bist nicht allein. Der allmächtige Gott kämpft für dich und wir lieben dich und kämpfen mit dir!“

Unmittelbar vor der Konferenz fanden Märsche der Nationen in verschiedenen Städten Israels statt, initiiert von der TOS Tübingen. Heepen war in Tiberias dabei: „Die Berichte einer Holocaustüberlebenden zweiter Generation, einer der freigelassenen Geiseln und der Ehefrau eines IDF-Soldaten haben niemanden unberührt gelassen. Gerade jetzt brauchen die Menschen in Israel unseren Trost, unsere Hilfe und dass wir in der Verdrehung von Täter und Opfer durch die internationale Politik und Justiz die Wahrheit in unseren Nationen bezeugen.“

Karin Heepen tritt als Spitzenkandidatin für Bündnis C – Christen für Deutschland bei der Europawahl am 9. Juni an. „Meine Besuche in Israel im Februar dieses Jahres und jetzt waren Teil meiner Wahlkampagne, weil die Unterstützung Israels in dieser traumatischen Zeit für unsere jüdischen Freunde existentiell ist. Für Bündnis C ist die Verbundenheit mit Israel nicht nur Staatsräson, sondern Herzenssache.“

Bündnis C fordert die Überprüfung aller Zahlungen Deutschlands und der EU an UNRWA und die palästinensische Autonomiebehörde, den Ausstieg aus dem unterlaufenen Atomabkommen mit dem Iran und das Ende aller Bestrebungen in der EU, mit einer Zwei-Staaten-Lösung das Land zu teilen.

(Pressemitteilung 01.06.2024)

ECPM Vollversammlung

Eine Gelegenheit zum Vernetzen



In meiner Vorbereitung zu dem ECPM-Treffen hatte ich mir ein paar Gedanken notiert: Als halber Spanier wollte ich gerne die spanischen Mitgliedsparteien treffen und als halber Deutscher die deutsche „Schwesterpartei“, die Familienpartei. Auf die anderen europäischen Vertreter war ich ebenso gespannt. Gerne hätte ich zum Kennenlernen schon das gemeinsame Abendessen am Vorabend nutzen wollen. Doch leider hat es mein Zug nicht pünktlich geschafft. Karin Heepen nahm sich aber noch Zeit, mir ein paar Personen zu nennen, die für mich interessant sein könnten, und wir haben ein bisschen über das EU-Wahlergebnis gesprochen.

Am Folgetag traf ich bereits am Frühstückstisch des Hotels ein ECPM-Vorstandsmitglied aus den Niederlanden, der mir interessante Aspekte des niederländischen Ergebnisses sagen konnte. Ich lernte die superfleißigen und freundlichen ECPM-Mitarbeiter kennen und saß neben dem freundlichen Vertreter aus Malta. Mir fiel der sehr freundliche Ton untereinander auf. Und das passte auch zu meinem Eindruck der ECPM-Family, wie sie von manchen genannt wird.

Ich habe mich schließlich sehr gefreut, *José Carlos Abellán* der spanischen Partei Contigo Más kennenzulernen. Eine Stippvisite in Madrid ist in naher Zukunft gar nicht so unwahrscheinlich. MdEP Helmut Geuking

(Familienpartei) erzählte mir im Gespräch seine Enttäuschung über das Wahlergebnis, er hatte sich mehr als einen Sitz erhofft. Ein kurzer Ausflug zum EU-Parlament brachte mir die Arbeit eines MdEP etwas näher. Dort wurde vor dem Gebäude Bert-Jan Ruissen, einem niederländischem MdEP der ECPM, eine Petition überreicht durch eine Delegation pakistanischer Christen mit der Bitte, eine Stimme zu sein gegen die Verfolgung und Unterdrückung in Pakistan. Wer unsere Wahlveranstaltung in Karlsruhe besucht oder online angeschaut hat, kennt auch Dominic Potters, einen der Redner von der ECPYouth, der Jugendorganisation der ECPM. Wir hatten nach der Veranstaltung noch einen langen Austausch.

Dieser Besuch zeigte mir deutlich, wie viele wunderbare Ressourcen es durch die ECPM für alle Mitgliedsparteien gibt, z. B. wenn Johannes de Jong von der Sallux ECPM Foundation seine kompetenten Vorträge präsentiert. Aber auch personelle und finanzielle Ressourcen können insbesondere für Wahlkampfphasen in Anspruch genommen werden und sind eine große Unterstützung. Für mich war dieses Event eine wunderbare Gelegenheit mich zu vernetzen, und bin sehr dankbar für die Möglichkeit!

Ludwig Grünert
Europawahlkandidat Listenplatz 6





Karin Heepen in den ECPM-Vorstand wiedergewählt

Die Vollversammlung der European Christian Political Movement (ECPM) am 19. Juni in Brüssel diente der Auswertung der Ergebnisse der Europawahl und der nächsten Schritte der ECPM in der kommenden Legislaturperiode des Europaparlaments. Es wurden vier wieder- und neu gewählte Abgeordnete der ECPM begrüßt: Bert Jan Ruissen (Niederlande), Cristian Terheş (Rumänien), Helmut Geuking (Deutschland) und Vilis Krištopans (Lettland). Es wurde außerdem die Aufnahme von vier neuen Mitgliedsparteien und vier neuen Einzelmitgliedern bekanntgegeben, unter ihnen Peeter Vösu (Estland) und Branislav Škripek (Slowakei), beide frühere ECPM-Präsidenten.

Adriana Rus, Managerin der Europawahlkampagne der ECPM, gab einen Überblick über die Veranstaltungen, die zusammen mit den Mitgliedsparteien organisiert wurden. Sie betonte den Zuwachs an Aktivitäten in den Sozialen Medien und an sichtbarer Präsenz der ECPM in den Mainstream-Medien verglichen mit früheren Kampagnen. Nicht zuletzt präsentierte Valeriu Ghileţchi die ECPM als Präsident und Spitzenkandidat bei der Debatte der Spitzenkandidaten der europäischen Parteien in Maastricht.

Im Blick auf die Zukunft wurde eine Namensänderung der ECPM diskutiert, die ihren Charakter als Partei und damit die Entwicklung von einer Christlich-Politischen Bewegung hin zur Europäischen Partei deutlich macht. Die Diskussion und Auswertung der Ideen dazu werden in den nächsten Monaten fortgesetzt.

Für Bündnis C – Christen für Deutschland nahmen Karin Heepen als Bundesvorsitzende und Ludwig Grünert als Europawahlkandidat an der Vollversammlung teil. Karin Heepen wurde auf Empfehlung des ECPM-Vorstandes mit großer Mehrheit als Vorstandsmitglied für eine zweite Amtszeit von vier Jahren wiedergewählt und bleibt damit Vizepräsidentin der ECPM.

Wir danken dem Personal der ECPM für die engagierte Zusammenarbeit bei unseren gemeinsamen Veranstaltungen im Vorfeld der Europawahl, insbesondere Adriana Rus als Kampagnenmanagerin, Lefteris Kaloterakis als Politischem Sekretär, der bei den Veranstaltungen die ECPM präsentierte, Johannes de Jong als Sallux-Direktor und Sprecher bei unserer Veranstaltung in Dresden. Und wir danken Maria van Oost als Sekretärin der ECPM für ihre langjährige Unterstützung in allen Belangen unserer Mitgliedschaft und Zusammenarbeit. Maria van Oost wird die ECPM Ende Juli 2024 nach 12 Jahren verlassen und wir wünschen Gottes Segen für ihren weiteren Weg.



Karin Heepen

Vizepräsidentin
ECPM

Dekret für Israel dem Internationalen Gerichtshof übergeben

Am 30. Dezember 2022 haben die Vereinten Nationen mit Resolution 77/247 den Internationalen Gerichtshof (IGH) aufgefordert, ein Urteil zum Status von Ostjerusalem, Judäa und Samaria (genannt Westbank) zu fällen. Seit dem Hamas-Überfall am 7. Oktober 2023 ist Israel mit drei weiteren Verfahren bei den internationalen Gerichten in Den Haag konfrontiert. Am 3. und 4. Juli 2024 folgten fast 1000 christliche Leiter und Beter aus 45 Nationen der Einladung ins World Forum nach Den Haag, um dazu ein Dekret an den Internationalen Gerichtshof (IGH) zu unterzeichnen und zu übergeben. Karin Heepen hat als Bundesvorsitzende im Namen von Bündnis C – Christen für Deutschland das Dekret mitunterzeichnet.

Am 30. Dezember 2022 verabschiedeten 87 Nationen der Vereinten Nationen eine Resolution, in der sie den Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag aufforderten, ein Gutachten vorzulegen, in dem die „israelische Besatzung und Diskriminierung der Nichtjuden in Israel“ verurteilt wird. Es geht vor allem um die Frage, wer rechtlich befugt ist, über Judäa, Samaria und Ostjerusalem (das die Altstadt mit dem Tempelberg umfasst) zu regieren. Viele Nationen wollen Jerusalem teilen und dass Ostjerusalem die Hauptstadt eines palästinensischen Staates wird. Der IGH hat dieser Bitte stattgegeben und die Nationen aufgefordert, ihre jeweiligen Visionen bis 25. Juli 2023 einzureichen.

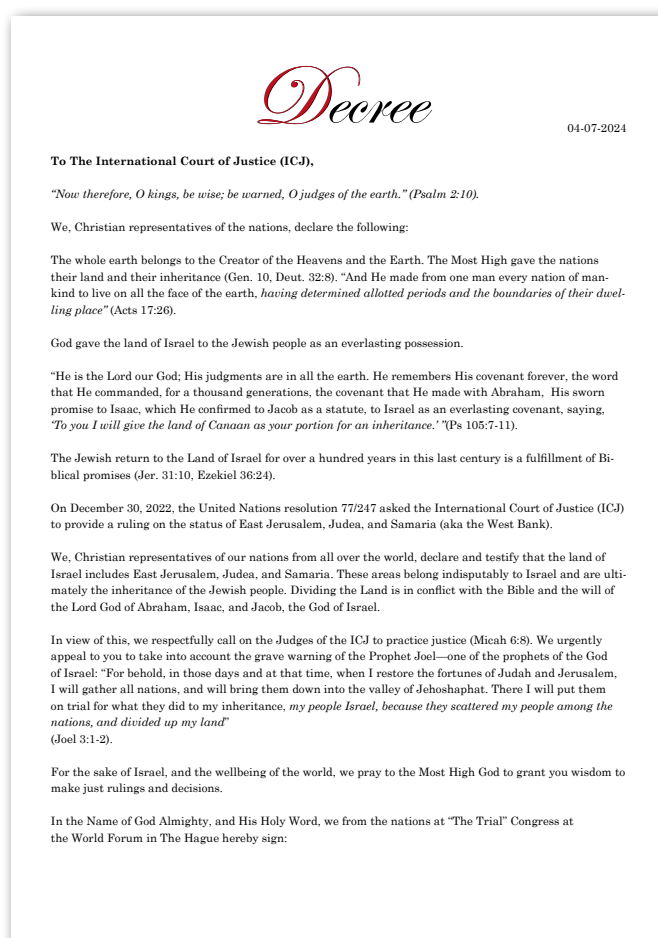
Seit dem Hamas-Überfall am 7. Oktober 2023 ist Israel mit drei weiteren Verfahren bei den internationalen Gerichten in Den Haag konfrontiert:

Der IGH wurde von der UN-Vollversammlung für eine beratende Stellungnahme angefragt, ob Israels Kontrolle über die Territorien von Judäa und Samaria, die 1967 eingenommen wurden, eine illegale Besatzung ist. Südafrika erhebt ebenfalls beim IGH gegen Israel den Vorwurf des Völkermordes in Gaza. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hat ein Prüfverfahren gegen Israel eröffnet zur Verletzung von Kriegsrecht und Menschenrechten in seinem Kampf gegen den palästinensischen Terrorismus. Und Chefankläger Karim Khan hat beim IStGH Haftbefehle gegen Israels höchste Regierungsvertreter beantragt wegen Kriegsverbrechen in Gaza.

Diese Verfahren sind Ergebnis der palästinensischen Langzeitstrategie, mittels eines Justizkrieges vor den Internationalen Gerichten Israel sein Recht auf Selbst-

verteidigung streitig zu machen, die Teilung des Landes zu erzwingen, um einen palästinensischen Staat zu errichten, und von da aus den jüdischen Staat zu vernichten. Der UN-Sicherheitsrat war aktuell nur eine Stimme davon entfernt, dass die Nationen die Teilung des Landes verfügen inklusive Jerusalem – und damit ihr eigenes Gericht herbeiführen, vor dem in Joel 4,1-2 gewarnt wird.

Der Kongress in Den Haag wurde mit dem Titel „The Trial“ einberufen, als Gerichtsverfahren vor Gott, um gegen diese Anklagen gegen Israel aufzustehen und für unsere Nationen zu beten. Ein Dekret mit folgendem Wortlaut wurde von den Teilnehmern unterzeichnet und am 4. Juli 2024 dem Internationalen Gerichtshof im Friedenspalast übergeben:



Karin Heepen hat als Bundesvorsitzende im Namen von Bündnis C – Christen für Deutschland das Dekret mitunterzeichnet. Mögen die Richter des IGH die Warnung hören und für Israel Recht sprechen.

An den Internationalen Gerichtshof (IGH);

„So seid nun verständig, ihr Könige, und lasst euch warnen, ihr Richter auf Erden!“
(Psalm 2,10)

Wir, christliche Repräsentanten der Nationen, erklären des folgende:

Die ganze Erde gehört dem Schöpfer des Himmels und der Erde. Der Allerhöchste gab den Nationen ihr Land und ihr Erbe (Gen 10, Dt 32,8). „Und er hat aus einem Menschen alle Nationen gemacht, damit sie auf dem ganzen Erdboden wohnen, und er hat festgesetzt, wie lange sie bestehen und in welchen Grenzen sie wohnen sollen“ (Apostelgeschichte 17,26).

Gott hat das Land Israel dem jüdischen Volk gegeben als ewigen Besitz.

„Er ist der HERR, unser Gott, er richtet in aller Welt. Er gedenkt ewiglich an seinen Bund, an das Wort, das er verheißen hat für tausend Geschlechter, an den Bund, den er geschlossen hat mit Abraham, und an den Eid, den er Isaak geschworen hat. Er stellte ihn auf für Jakob als Satzung und für Israel als ewigen Bund und sprach: ‚Dir will ich das Land Kanaan geben, das Los eures Erbteils.‘ (Psalm 105,7-11)

Die Rückkehr der Juden zum Land Israel seit über 100 Jahren in diesem letzten Jahrhundert ist eine Erfüllung biblischer Verheißungen (Jeremia 31,10; Hesekeil 36,24).

Am 30. Dezember 2022 haben die Vereinten Nationen mit Resolution 77/247 den Internationalen Gerichtshof (IGH) angefragt, ein Urteil zum Status von Ostjerusalem, Judäa und Samaria (genannt Westbank) zu fällen.

Wir, christliche Repräsentanten unserer Nationen aus der ganzen Welt, erklären und bezeugen, dass das Land Israel Ostjerusalem, Judäa und Samaria einschließt. Diese Gebiete gehören unverhandelbar zu Israel und sind ultimativ das Erbe des jüdischen Volkes. Das Land zu teilen, steht im Konflikt mit der Bibel und dem Willen des Gottes Abrahams, Isaaks und Jakobs, dem Gott Israels.

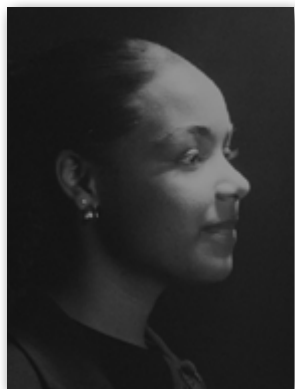
Im Blick darauf, rufen wir respektvoll die Richter des IGH an, Recht zu sprechen (Micha 6,8). Wir bitten Sie dringend, die ernste Warnung des Propheten Joel zu beachten, eines der Propheten des Gottes Israels: *„Denn siehe, in jenen Tagen und zur selben Zeit, da ich das Geschick Judas und Jerusalems wenden werde, will ich alle Völker zusammenbringen und will sie ins Tal Joschafat hinabführen und will dort mit ihnen rechten wegen meines Volkes und meines Erbteils Israel, weil sie es unter die Völker zerstreut und sich mein Land geteilt haben* (Joel 4,1-2).

Um Israels und des Wohlergehens der Welt willen, beten wir zum Höchsten Gott, dass Er Ihnen Weisheit gibt, gerechte Urteile und Entscheidungen zu fällen.

Im Namen des Allmächtigen Gottes und Seines Heiligen Wortes, unterzeichnen hiermit von den Nationen die Teilnehmer des „The Trial“ Kongresses im World Forum in Den Haag:

Mitglieder stellen sich vor

Heute: Esther Mangani



Landesverband Baden-Württemberg

Studentin im Bauingenieurwesen

1. Wie bist du zu Bündnis C gekommen?

Ich war schon etwas länger auf der Suche nach einer Partei, die göttliche

Werte vertritt. Nach einigen Recherchen bin ich dann auf Bündnis C gestoßen und Mitglied geworden.

2. Warum engagierst du dich politisch?

Ich bin der Meinung, dass es Zeit ist, frischen Wind in die Politik zu bringen. Gerade die neue Generation ist keineswegs zu unterschätzen und bringt ein enormes Potenzial mit sich. Durch vorangehende Generationen sollten junge Menschen unterstützt und gefördert werden. Ich denke, dass die Politik hierbei eine große Rolle spielt, weshalb ich politisches Engagement als wichtig erachte.

3. Woran würdest du gern in Bündnis C mitarbeiten oder tust es schon?

Der Hauptgrund, warum ich zu Bündnis C gekommen bin, war, dass es bereits vorhergesehen war, eine Jugendorganisation zu gründen. Gerne würde ich in dieser in Zukunft mitarbeiten. Zudem interessiere ich mich für den Bereich Social Media und Öffentlichkeitsarbeit, weshalb ich mich gefreut habe, im Werbespot für die Europawahl von Bündnis C mitspielen zu dürfen.

4. Wenn du dir ein politisches Amt wünschen könntest, welches wäre das?

Wie bereits erwähnt, studiere ich Bauingenieurwesen, und wäre aufgrund dessen interessiert, im Bereich des Bauwesens zu arbeiten. Ich glaube, dass wir in diesem Bereich vieles erneuern und ändern müssen. Bei-

spielsweise möchte ich besonders den Sektor des nachhaltigen Bauens unterstützen und hierbei Projekte wie die Renovierung von Gebäuden oder das Etablieren von erneuerbaren Energien in Wohnvierteln fördern.

5. Welches Deiner Talente hältst Du für das Wichtigste?

Zwei der Talente, die mir Gott geschenkt hat, sind meine Kommunikationsfähigkeit und mein Optimismus. Meines Erachtens sind die genannten Talente wichtig, da sie nicht nur mir selbst, sondern besonders meinem Umfeld dienen.

6. Dein Lieblingsbuch oder Hobbys?

Mein Lieblingsbuch ist die Bibel. Von allen Büchern, die ich bisher in meinem Leben gelesen habe, ist es das Buch, welches die größte Vielfalt und Weisheit in sich trägt. Was mir besonders gefällt ist, dass man die Bibel nicht wie ein normales Buch von Anfang bis zum Ende liest, sondern dass sich alles in der Bibel überschneidet und sich gegenseitig bestätigt. Zudem findet man auf alle Fragen eine Antwort, und auch wenn die Aufzeichnung der Bibel schon weit in der Vergangenheit liegt, sind die Geschichten trotzdem aktuell.

7. Ein Satz, den du unseren Lesern gern mitgeben möchtest:

“Niemand hat ein Recht, auf dich herabzusehen, weil du noch so jung bist” 1.Timotheus 4.12 HFA

Die junge Generation wird durch Erwachsene oftmals schlecht geredet. Ich glaube, dass negative Aussagen über egal welche Generationen niemals etwas Gutes beitragen können. Gerne würde ich an die Leser und Leserinnen des Eindruck-Magazins appellieren, junge Menschen in ihrem Umfeld positiv zu beeinflussen und zu fördern. Jugendliche und junge Erwachsene sind die Zukunft der Gesellschaft und sollten in ihren Zielen, Ideen und Wünschen motiviert und unterstützt werden.

Deshalb würde ich mich freuen, wenn wir als Menschen aus verschiedenen Generationen einander unterstützen und gemeinsam daran arbeiten, eine harmonische Gesellschaft aufzubauen.

Ich bin dafür

Es wird zu viel schlecht geredet. Zu viel geschimpft, gejammt, gemeckert, sich beschwert, beklagt, Dinge zerredet, Leute beleidigt, Probleme betont, Sachverhalte verkürzt, Streit gesucht, Recht behalten, die eigene Meinung über andere erhoben, Undankbarkeit gezeigt und so weiter. Deshalb heißt es an dieser Stelle: **Ich bin dafür!**

Heute: Die Dankbarkeit

Es war Fußball-Europameisterschaft und wieder war das Land voller Fahnen. An Autos und Wangen, in Fenstern und Vorgärten. Leute, die sich vorher mit Mühe begrüßt haben, trafen sich in der Stadt vor großen Leinwänden, sangen laut die Nationalhymne mit aufs Herz gelegter Hand und fielen sich dann in die Arme, weil in einem Stadion ein Millionär einen Ball in ein Viereck schoss.

So weit so gut. Kann ja jeder machen. Und ich gebe sogar zu, dass ich auch ein paar Spiele geguckt habe. Daheim, mit Familie und eher nebenbei. Ich habe mich auch gefreut, wenn unsere Nationalmannschaft gewonnen hat. Ehrlich. Aber ohne auszurasen und ohne diesen gewissen Stolz, der dann bei manchen Fans sichtbar wird. Die dann von „wir“ reden, als hätten sie selbst mitgespielt. Oder als würde es uns als Volk verändern.

In einem Gespräch über ein Spiel am Vorabend wurde ich gefragt, ob ich denn gar nicht stolz wäre auf mein Land und die Nationalmannschaft. Ich bin ehrlich: Nein, bin ich nicht. Jedenfalls nicht wegen der Fußballer.

Aber: Ich bin dankbar. Gott dankbar, in diesem Land leben zu dürfen. In einem der reichsten Länder der Welt geboren zu sein. In einem der Länder mit den meisten Freiheiten. Einem Land, das in so vielen Rankings in den Top Ten auftaucht. Spätestens, wenn ich über den eigenen Zaun blicke, kann ich nicht übersehen, dass ich privilegiert bin. Ich darf ohne eigenen Verdienst in einem Land leben, das mir die Freiheit lässt, als Christ zu leben. Diskriminierungsfrei. Wo ich sogar die Spenden an meine Gemeinde bei der Steuer geltend machen kann. Und das mir die Möglichkeit gibt, mich an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen. In dem ich mich mit Gleichgesinnten zusammenschließen, eine Partei gründen und am Ideenwettbewerb um die beste politische Lösung teilnehmen kann. Dass das nicht selbstverständlich ist, habe ich die ersten 27 Jahre meines Lebens selbst erlebt.

Diese Dankbarkeit und das Wissen, dass all dies eben kein Selbstläufer ist, sind der Grund für mein Engagement. Damit es so bleibt. Weil die Freiheit in Gefahr ist.

Jesus sagt in Matthäus 22: „*Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist ...*“. Aber der Kaiser ist in diesem unserem Land keine Person, der ich Steuern schulde, Militärdienst und unbedingten Gehorsam, sondern ein kompliziertes System, das nur dann funktioniert, wenn wir alle es am Leben erhalten. Vor allem wir Christen sollten uns engagieren, denn wir profitieren besonders davon. Und werden besonders zu knabbern haben, wenn diese Freiheiten verloren gehen – dieselben Freiheiten, die erst ermöglichen, dass wir den zweiten Teil des angesprochenen Verses befolgen: „... *und gebt Gott, was Gottes ist.*“

Paulus schreibt in seinem Brief an die Kolosser: „Alles, was ihr tut mit Worten oder mit Werken, das tut alles im Namen des Herrn Jesus und dankt Gott, dem Vater, durch ihn.“

Dieses „Alles“ beinhaltet auch das Engagement in Bündnis C. Im Namen Jesu mitzuarbeiten an der Gestaltung des Landes, Gott zu ehren dadurch, dass wir dem Kaiser geben, was ihm zusteht. Indem wir Regeln befolgen, Fristen ernst nehmen, Datenschutzschulungen machen, Formalien abarbeiten, Gesetze einhalten und so weiter. Aus Kadavergehorsam? Wegen der Anpassung an das System? Nein. Sondern aus Dankbarkeit, dass wir es dürfen, und weil es Gott die Ehre gibt. Denn unsere Mitbewerber beäugen uns Christen immer besonders kritisch. Und nicht zuletzt, weil es uns gegenseitig das Leben und die Arbeit in der Partei leichter macht.

Wenn sich jetzt jemand von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, herausgefordert fühlt, sich auch aus Dankbarkeit Gott gegenüber (mehr) zu engagieren: Ich bin dafür.

Hartmut Voss

Stellvertretender
Bundesvorsitzender



Die Kraft des Gebets in politisch turbulenten Zeiten

Liebe Mitglieder und Freunde von Bündnis C,

in einer Welt, die sich ständig im Wandel befindet und in der die Herausforderungen größer denn je erscheinen, möchte ich Sie mit den Worten aus Kolosser 4,5-6 ermutigen:

„Verhaltet euch weise und besonnen denen gegenüber, die keine Christen sind. Macht das Beste aus der Zeit, die euch geschenkt ist! Redet mit jedem Menschen freundlich; alles, was ihr sagt, soll gut und hilfreich sein. Bemüht euch darum, für jeden die richtigen Worte zu finden.“

Diese Worte sind nicht nur ein Aufruf zur Weisheit und Freundlichkeit, sondern auch ein Leitfaden für unser tägliches Handeln. In der Hektik des Alltags, besonders in politisch angespannten Zeiten, verlieren wir oft den Fokus. Doch gerade jetzt, wo die Geschwindigkeit der Veränderungen zunimmt, ist es essenziell, achtsam zu sein und die geschenkte Zeit bewusst zu nutzen.

Die Europawahl liegt hinter uns, und ich möchte Ihnen allen für Ihre Gebete und Ihren unermüdlichen Einsatz danken. Sie haben überall im Land daran gearbeitet, Bündnis C bekannter zu machen, und Ihre Bemühungen tragen Früchte. Unsere Sichtbarkeit hat sich erhöht, und dafür gebührt Ihnen großer Dank.

Nun blicken wir auf das kommende Jahr, in dem die Bundestagswahl ansteht. Die Vorbereitungen haben bereits begonnen, und es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir uns als Partei strategisch aufstellen. Hierbei ist es jetzt besonders wichtig, Gott zu fragen: „Wo ist mein Platz? Wo kann ich etwas tun?“ Wir brauchen klare Strategien, um unsere Kräfte sinnvoll einzusetzen und nicht auszubrennen.

Warum ein Gebetsaufruf?

Unsere Gemeinschaft von Betern, die im Hintergrund unermüdlich für Bündnis C beten, ist eine unserer größten Stärken. Ohne diese Gebete würden wir nicht da stehen, wo wir heute sind. Es ist stärkend zu wissen, dass es eine Armee von Betern gibt, die Bündnis C auf dem Herzen haben, vor Gottes Thron treten und um Weisung und Führung unserer Vorstände beten.

Deshalb bitte ich Sie: Beten Sie mit uns, dass wir weise Entscheidungen für die bevorstehende Bundestagswahl treffen und die richtigen nächsten Schritte gehen. Ein wichtiges Anliegen ist die Gründung flächendeckender Landesverbände. Dafür benötigen wir Mitglieder, die bereit sind, aktiv mitzuwirken. In Sachsen stehen Landtagswahlen an, und wir sind dankbar, dass wir antreten können. Beten Sie mit uns, dass wir ein gutes Ergebnis erzielen und als Verband wachsen.

Regelmäßige Gebetstreffen

Alle 14 Tage finden unsere Online-Gebetstreffen statt, die seit geraumer Zeit einen festen Bestandteil unserer Gemeinschaft bilden. Sollten Sie noch nicht den Link dazu haben, zögern Sie nicht, sich an unsere Bundesgeschäftsstelle zu wenden.

Lassen Sie uns gemeinsam in diesen Zeiten stark bleiben und die Kraft des Gebets nutzen, um Weisheit, Klarheit und Führung zu erlangen. Jeder Einzelne von Ihnen ist ein wertvoller Teil unserer Gemeinschaft, und zusammen können wir Großes bewirken.



Spendenaufruf

Liebe Mitglieder, liebe Freunde,

herzlichen Dank für all die Gebete, Spenden und Mitarbeit, die es möglich gemacht haben, an der Europawahl 2024 teilzunehmen. Wir freuen uns, dass wir bei dieser Wahl antreten konnten. In einigen Wahlbezirken wurden sogar großartige Ergebnisse erzielt. Wir hoffen sehr, dass wir solche Ergebnisse für die Zukunft auch in der Fläche sehen werden. Dies bedeutet aber auch, dass wir mehr und mehr im ganzen Land sichtbar werden müssen.

Leider ist all das Tun und Schaffen mit Geld verbunden. Wir sind dankbar, dass wir bisher immer auf einen ausgeglichenen Haushalt verweisen können, jedoch werden die Herausforderungen größer. So wurde z. B. die Außenwand der Bundesgeschäftsstelle zum wiederholten Male mit Graffiti beschriftet..

Gerne würden wir mehr Geld in Veranstaltungen und wirksame Werbung investieren. Doch kommen wir gerade in einem Wahljahr schnell an unsere Grenzen. Wie Sie, liebe Mitglieder und Freunde, sehen, brauchen wir von allem mehr: mehr Gebet, mehr Mitarbeiter und mehr Geld.

Ich möchte Sie, liebe Leser, bitten, unterstützen Sie uns da, wo es Ihnen möglich ist. Wenn wir eine Veränderung erreichen möchten, werden wir es nur gemeinsam schaffen. Lassen sie uns gemeinsam fragen: „Gott, was sollen wir tun? Zeig uns, was Du segnen möchtest.“

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine schöne Ferienzeit sowie Gottes Schutz und Segen.



Mathias
Scheuschner

Bundesschatz-
meister

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts **BIC**

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
Bündnis C – Christen für Deutschland

IBAN
DE60660501010108232562

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
KARSD66XXX

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN **08**

Datum Unterschrift(en)

423 457 DG VERLAG

Schreibmaschine: normale Schreibweise!
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beschriften!

Ankündigung Bundesparteitag

Der diesjährige ordentliche Bundesparteitag von Bündnis C – Christen für Deutschland findet am 02. November 2024 statt im Evangelischen Allianzhaus in Bad Blankenburg

Unsere Mitglieder erhalten die Einladung mit den Beschlussvorlagen satzungsgemäß Mitte Oktober 2024.

Der Parteitag ist öffentlich. Gäste sind willkommen.

Auf der Tagesordnung steht neben den Berichten des Bundesvorstandes die Auswertung des Wahljahres und die strategische Orientierung für 2025.

Bitte reservieren Sie den Termin!

Anträge zum Bundesparteitag sind satzungsgemäß bis zum 03.10.2022 bei der Bundesgeschäftsstelle einzureichen.

Erneuter Graffiti-Anschlag auf die Bundesgeschäftsstelle

Kurz vor der Europawahl wurde unsere Bundesgeschäftsstelle erneut Ziel eines Angriffs. Unbekannte Täter besprühten die Fassade unseres Mietobjekts mit dem Schriftzug "Still MY BODY MY CHOICE WEG MIT § 218". Zudem wurden Plakate zerstört oder besprüht.

Dies ist der zweite Anschlag auf die Geschäftsstelle innerhalb eines Jahres. Laut einem Bekennerschreiben auf der linksextremistischen Plattform de.indymedia.org/ richtete sich der Angriff gegen Bündnis C und unser "zutiefst reaktionäres Familien- und Frauenbild".



Wir haben umgehend Anzeige erstattet, aber die Ermittlungen wurden mittlerweile eingestellt, da kein Täter gefunden werden konnte.

Es ist wichtig zu betonen, dass sich in unserem Haus nicht nur unsere Parteizentrale befindet, sondern auch eine Gemeinde, eine Arztpraxis sowie mehrere soziale Projekte. Daher soll das Graffiti von Seiten des Vermieters schnellstmöglich entfernt werden. Wir werden die Kosten für die Entfernung aus brüderlicher Verpflichtung gegenüber unserem Vermieter tragen.

Wir setzen uns weiterhin für unsere Überzeugungen ein und bitten um Gebet für Schutz um die Bundesgeschäftsstelle und dass weitere Anschläge abgewendet werden.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.



Daniel Gräber

Bundes-
geschäftsführer
Bündnis C

Aus den Landesverbänden

Sachsen

Landtagswahl in Sachsen

In Sachsen wird am 1. September 2024 der 8. Sächsische Landtag gewählt. Nachdem am 9. März 2024 die Landesliste aufgestellt war, haben wir Unterstützungsunterschriften (UU) gesammelt. Für die Zulassung brauchten wir 1000 bestätigte und gültige UU. Am 11.06.2024 lagen erst 802 bestätigte Formulare vor. Am 27.06.2024, dem letztmöglichen Termin um 13 Uhr gab unser Landesvorsitzender Thomas Lamowski unseren Wahlvorschlag mit 1333 UU beim Landeswahlleiter in Kamenz ab. Wir sind sehr dankbar, dass Gott uns Gunst beim Sammeln geschenkt hat und auf der Zielgeraden so viel Gnade.

Wichtiges aus der Sitzung des Landeswahlausschusses möchte ich berichten: Es hatten 23 Parteien Wahlvorschläge eingereicht. Abgelehnt wurde die KPD, weil sie nicht als Partei anerkannt wurde. Die Tierschutzpartei wurde nicht zugelassen, da sie die formale Anforderung von mindestens 3 Kandidaten für die Einreichung eines Wahlvorschlages nicht erfüllt hat. „Die Humanisten“ und die „Partei für schulmedizinische Verjüngungsforschung“ schieden aus wegen zu wenigen UU. Bei anderen Parteien wurden Listenkandidaten gestrichen, weil z.B. die Wählbarkeitsbescheinigung nicht pünktlich eingereicht wurde.

Zu Bündnis C wurde gesagt, dass von unseren 1333 eingereichten UU nur 1204 gültig sind. Die Bestätigungen einiger Stadt- und Gemeindeverwaltungen waren nicht vollständig wegen fehlender Unterschrift, ohne Siegel oder ohne Datum. Teilweise war das Geburtsdatum und Datum der UU verwechselt oder in Vertretung unterschrieben. Einen Bezeichnungsfehler in unseren Formularen konnte ich als Vertrauensperson aufklären. In einem weiteren Statement habe ich Herrn Dr. Wolf, Büroleiter des Landeswahlleiters, gedankt für seinen sachlichen, kompetenten und freundlichen Umgang mit den Wahlbewerbern. Einige andere Parteien teilten auch Lob aus. Ich war sehr glücklich über unsere Zulassung zur Landtagswahl. Wir stehen auf Listenplatz 14 von 19.

In der nächsten Vorstandssitzung wurde der Wahlkampf in Sachsen besprochen. Die 80 Fragen des Wahl-o-mat hatten wir schon in zwei Vorstandssitzun-

UNSERE ECKPUNKTE ZUR LANDTAGSWAHL 2024



Bildung und Medien

- » Freiheit von Forschung und Lehre
- » Gleichwertige Behandlung freier und staatlicher Schulen
- » Homeschooling unter bestimmten Voraussetzungen ermöglichen
- » Einführung des Unterrichtsfachs Lebenskunde
- » Freie Auswahl, auch bei der Finanzierung der genutzten Medien

Familie und Soziales

- » Stärkung des klassischen Familienmodells – bestehend aus Vater, Mutter und Kind
- » Eltern tragen die Hauptverantwortung für die Erziehung ihrer Kinder – nicht der Staat

Wirtschaft

- » Mittelstand entlasten, Handwerk fördern und Regionen unterstützen
- » Bürokratieabbau und Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung
- » Förderung von familiengerechteren Arbeitsbedingungen

Umwelt und Klima

- » Artgerechte Tierhaltung und lebensraumnahe Landwirtschaft
- » Regionale Landwirtschaft stärken und von Vorschriften entlasten
- » Sichere Energieversorgung trotz Energiewende
- » Offener Diskurs über Klimaveränderungen
- » Sicherung der regionalen Nahrungs- und Trinkwasserversorgung

Innere Sicherheit

- » Eindämmung illegaler Migration
- » Konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber
- » Stärkung der Landespolizei



gen im Juni beantwortet. Der Sozial-o-mat ist fertig. Unser 7-seitiges Wahlprogramm kann in der kommenden Zeit noch ergänzt werden. Mit unseren verschiedenen Begabungen im Landesvorstand können wir uns aufeinander verlassen. Janko Vieweg ist für den Wahlwerbespot zuständig und hat den Text entworfen. Ein neues Parteimitglied betreibt ein Tonstudio und hat eine Sprecherin engagiert. Wir hoffen, dass bis 3. August der Wahlspot auf dem YouTube Kanal von Bündnis C veröffentlicht werden kann und im MDR gezeigt wird. Bitte betet für Gottes Führung bezüglich des Wahlsports.

Matthias Thümmel bearbeitet als Admin der Bundesseite von Bündnis C unsere Landesseite mit und hat unsere 18 Thesen des Kurzwahlprogramms mit einem aussagekräftigen Bild illustriert. Auf unserer Landesseite, auf Instagram und auf Facebook sollen mehrere Veröffentlichungen pro Woche erscheinen und wenn möglich Anzeigen in den Printmedien.

Wir planen außerdem eine Sachsentour mit Norbert Höhl und stecken in der Planung und Organisation. Wir wollen an den Markttagen für unsere Wähler da sein. Die Tour fängt im Vogtland an und endet in Ostsachsen. Bundesgeschäftsführer Daniel Gräber hat zugesagt, die Standgenehmigungen bei den Behörden einzuholen.

Wir bitten unsere Leser, dass Ihr uns in den kommenden Wochen bis zum Wahltag mit Gebet begleitet. Gott möge aus einem kleinen Senfkorn Großes entstehen lassen. 50 Parteimitglieder und davon 9 Vorstandsmit-

glieder erreichen nur das, was Gott will. Unser Gebetswunsch ist eine Verdreifachung der Wählerstimmen von der Europawahl, weil wir mit 1 % in die Parteienfinanzierung kommen.

Ich schließe mit: Ora et labora und Soli Deo Gloria.

Eva Vieweg

Landesschatzmeisterin

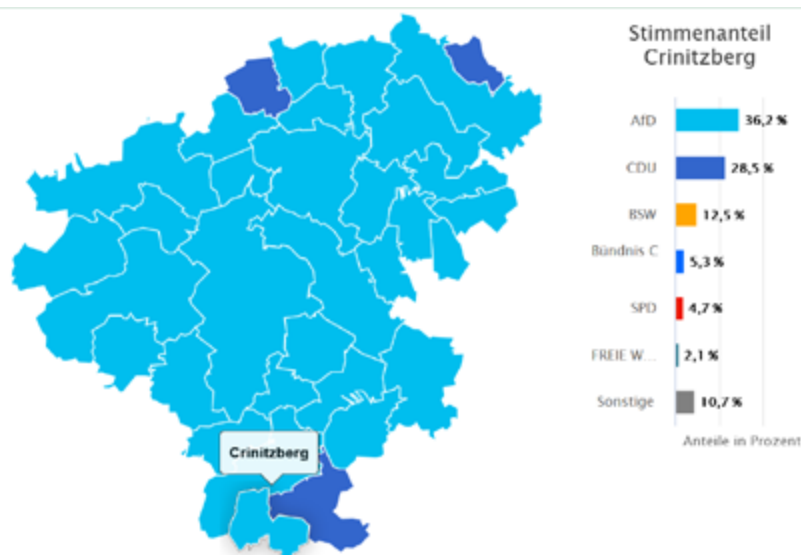
Wahlergebnisse Europawahl in Sachsen

Sachsen belegte für Bündnis C innerhalb von Deutschland bei der Europawahl den 2. Platz in der Wählergunst. Hier die Ergebnisse in den Wahlkreisen:

Landkreis	Gültige Stimmen	Wählerstimmen Bündnis C	%
Erzgebirge	187 164	1 945	1,04
Vogtland	120 166	961	0,80
Zwickau	168 750	1 070	0,63
Stadt Chemnitz	124 666	564	0,45
Görlitz	137 878	530	0,38
Mittelsachsen	168 578	556	0,33
Bautzen	168 001	459	0,27
Sächsische Schweiz – Osterzgebirge	139 750	328	0,23
Meißen	136 055	276	0,20
Landeshauptstadt Dresden	310 340	664	0,21
Stadt Leipzig	321 793	580	0,18
Landkreis Leipzig	147 261	242	0,16
Nordsachsen	106 534	119	0,11
Insgesamt	2 234 874	8 294	0,37

Hier möchten wir ein paar mutmachende Zahlen unserer Hochburgen nennen:

In Herrnhut wurden für Bündnis C 92 gültige Stimmen von insgesamt 3 288 gezählt, das entsprach 2,9%. In Crinitzberg schafften wir Platz 4 unter allen Parteien mit 5,3 % der Wählerstimmen (siehe Grafik). Eine weitere Hochburg mit Platz 4 war Hartmannsdorf bei Kirchberg mit 5,1%. In Hartenstein gaben uns 2,9% der Wähler ihre Stimme. In Zschorlau waren es 3,1%, Auerbach 2,8%, in Stützengrün 2,6%, in Klingenthal und in Königswalde 2,2% und in Muldenhammer 1,9%. Außerdem wurde in fast jeder Gemeinde eine gültige Stimme für Bündnis C abgegeben.



Der Landesvorstand Sachsen dankt allen Wählern und Helfern für die Europawahl herzlichst! Das Wahlergebnis im Erzgebirgskreis macht uns sehr viel Mut für die Landtagswahl in Sachsen am 01.09.2024. Wir hoffen, dass unsere Wähler uns treu bleiben, viele sich mit uns und unserem Programm beschäftigen und uns ihre Stimme geben.



Eva Vieweg

Landesschatzmeisterin Sachsen

Baden-Württemberg

Unser Wahlkampf zur Europawahl 2024 in Baden-Württemberg

Zunächst halfen wir mit beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften (UU) für die Zulassung von Bündnis C zur Europawahl. Bei vielen Leuten war ich schon durch frühere Sammelaktionen bekannt und hatte schnell einige UU zusammen. Danach war es bei Personen, die Bündnis C noch nicht kannten, etwas zäher. Da hieß es erst mal, unsere Partei bekannt zu machen. Manche füllten auch das Formblatt nicht korrekt aus.

Es fehlte z. B. häufig das Geburtsdatum. Schließlich hatten wir deutschlandweit die erforderlichen 4 000 UU und sogar darüber hinaus komplett und Bündnis C konnte zusammen mit 33 anderen Parteien zur Europawahl antreten.

Mit viel Elan waren wir in verschiedenen Regionen aktiv. Wir sprachen mit den Leuten und klärten sie über Bündnis C auf. Es wurden Plakate aufgehängt und Flyer in die Briefkästen geworfen. Wir führten Infostände auf den Marktplätzen durch. Sehr erfolgreich waren auch sogenannte „Wohnzimmertreffen“, bei denen wir zwischen zehn und fünfundzwanzig Personen begrüßen konnten. Wir bekamen überwiegend Zustimmung und hörten oft Ermutigungen wie: „Wie gut, dass ich von Bündnis C erfahren habe. Jetzt weiß ich, welche Partei ich wählen kann.“ Oder: „Gut, dass es Euch gibt, lasst euch nicht unterkriegen und macht weiter!“

Ich wurde immer wieder gefragt, ob der Wahlkampf nicht stressig sei. Ganz klar, es gab einiges zu tun. Dies machte mir jedoch große Freude und beflügelte mich. Es war positiver Stress also Eustress! Dazu möchte ich eine Begebenheit erzählen: Wir hatten einen Infostand auf dem Marktplatz in Altensteig. Eine Touristin kam auf uns zu und fragte, ob sie ein Foto von unserem Stand machen könne. Es war die Israelflagge am Tisch, die ihr aufgefallen war. Sie erzählte, in ihrer Heimatstadt Heilbronn sei es nicht möglich, an einem Stand mit der Israelflagge zu stehen. Das würde zu viel Widerspruch hervorrufen. Sie wolle nun dieses Foto ihrer Freundin schicken als Beweis, dass es doch

möglich ist, sich in Deutschland öffentlich zu Israel zu bekennen.

Unser Einsatz wurde belohnt. So bekamen wir in den Gemeinden, in denen wir bekannt und besonders aktiv waren, auch eine überdurchschnittliche Anzahl von Wählerstimmen, z. B.: Egenhausen 5,1 %, Pfalzgrafenweiler 4,7 %, Altensteig 4,7 %, Remchingen 3,0 %, Hülben 2,5 %, St. Johann 1,6 %, Freudenstadt 1,4 %, Sinsheim 0,9 %, Brackenheim 0,8 %, Lörrach Stadt 0,7 %, Lörrach Landkreis 0,6 %.

Bei aller Traurigkeit, dass wir kein Mandat bei der Europawahl 2024 erringen konnten, sagen wir: „Nach der Wahl ist vor der Wahl!“ Wir machen fröhlich und mit Kraft und Mut weiter, denn schließlich dienen wir ja einem Herrn, dem alle Macht im Himmel und auf Erden gegeben ist!

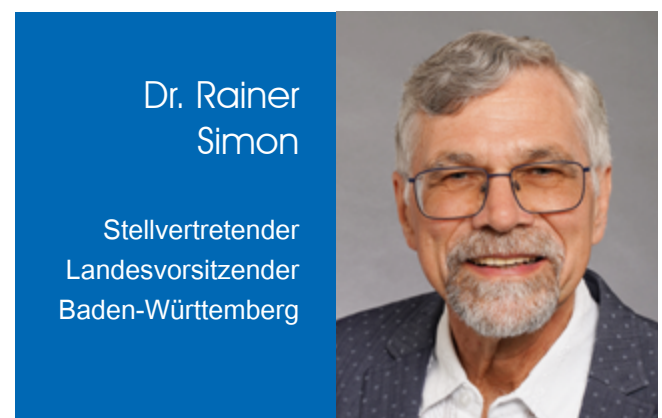
Am 4. 7. 2024 fand dann schon eine „Nach der Wahl ist vor der Wahl“-Veranstaltung in Altensteig-Walddorf statt. Es kamen 17 Mitglieder und Interessierte. Als konkreten Schritt haben wir zunächst eine Bündnis C-WhatsApp Gruppe für Freudenstadt und Calw gegründet.



Infostand Marktplatz Altensteig.
Von links: Stephan Süss-Bartilucci, Dr. Rainer Simon, Christoph Riedel, Katrin Süss-Bartilucci.



Treffen am 4. Juli 2024 in Altensteig – Walddorf



Dr. Rainer
Simon

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Baden-Württemberg

Ein guter Start: Kommunalwahl 2024 im Landkreis Lörrach

Zum ersten Mal konnten wir 2024 mit einem eigenen Kandidaten an der Kommunalwahl im Landkreis Lörrach teilnehmen. Das allein war für uns bereits ein grosser Erfolg und Grund zur Dankbarkeit. Mit Jérôme Lagarde fanden wir für Lörrach einen motivierten und engagierten Kandidaten. Aber eigentlich fand er uns.



*Jérôme Lagarde,
Kandidat Kommunalwahl Lörrach*

Im November 2023 erhielten wir die Nachricht von Jérôme, dass er gern Mitglied bei uns werden und für uns bei der Kommunalwahl antreten würde. Bei einem ersten Treffen stellten wir uns gegenseitig vor. Wir erklärten, wer Bündnis C ist, und Jérôme erklärte seinen Hintergrund und seine Beweggründe. Das war sehr ermutigend, denn wir stellten schnell fest, dass das alles sehr gut zusammenpasste.

Nachdem wir im Rahmen eines Brunchs mit Bündnis C-Mitgliedern der Region entschieden, Jérôme aufzustellen, taten wir das am 06.03.2024 und wählten ihn zu unserem Kandidaten. Die Unterstützungsunterschriften waren bald gesammelt und wir konnten Jérôme auf dem Wahlzettel platzieren.

Lörrach ist ein Landkreis mit einem relativ hohen Anteil an Christen. Aber diese sind politisch sehr unterschiedlich organisiert und orientiert. Ich hatte kurz vor der Wahl ein Gespräch mit einem gläubigen Freund, engagiert in einer anderen Partei. Er bedauerte unseren «Alleingang». Fakt ist aber auch, dass wir in vielen Punkten eine klare christliche Position vertreten. Wir wollen als konsequente Christen nicht z. B. unter dem Logo anderer Parteien als «Wischi-Waschi»-Christen wahrgenommen werden. Wir wollen klar sichtbar und als für christliche Werte stehend wahrgenommen und am Ende dann auch gewählt werden.

Unser Wahlkampf in Lörrach wurde von unerwartet grossen persönlichen Hürden behindert. Das war nicht vorherzusehen und darauf konnten wir nur ganz geringfügig reagieren. Der dennoch erzielte Erfolg war für uns extrem ermutigend und richtungsweisend. Jérôme Lagarde erhielt ohne Wahlkampf aus dem Stand 1609 Stimmen und damit 0,29 % der Wählerstimmen. Politische Mitbewerber hatten uns maximal 500 Stimmen zugetraut und wir haben ohne Wahlkampf das Dreifache erreicht.

Das macht uns mutig, im Landkreis weiterzuarbeiten. Wir können uns kaum vorstellen, was ein aktiver Wahlkampf oder ein früherer Start bewirkt hätten. So schauen wir auf die nächste Kommunalwahl, und mindestens in unserem Landkreis werden wir sicher deutlich stärker auftreten. Das heisst: Mehr Kandidaten, mehr Ortschaften.

*Jürgen Graafs, Landkreis Lörrach
Landesvorsitzender Baden-Württemberg
Jérôme Lagarde, Landkreis Lörrach*

ZoomIn-BW – Ein Format mit wachsendem Zuspruch seit 30 Monaten

Im Februar 2022 begannen wir als Landesverband Baden-Württemberg ein neues Online-Format. Es hatte noch keinen Namen, wir nannten es einfach «Online-Session». Ziel war es, Monat für Monat politisch interessierte Mitglieder und Freunde in unserer «Online-Session» zu versammeln und politischen Austausch zu pflegen. Basis trifft Vorstand und umgekehrt. Am Ende sind wir alle die Basis der Partei mit unseren Meinungen, Ideen, Gedanken, Vorstellungen und unserer Vision.

Genau darum haben wir diese Landes-Zoomsessions ins Leben gerufen. Der Austausch mit unseren Mitgliedern im Land liegt uns sehr (!) am Herzen. Wir sind bereits eine recht stabile Gruppe von ca. 15 Teilnehmern an unseren monatlichen Treffen geworden. Man kennt sich schon ein wenig und das ist gut so. Das fördert nicht zuletzt auch die Offenheit im Austausch untereinander.

Nachdem wir anfangs eher Abende hatten, an denen wir 1-2 Kurzvorträge mit kurzem Austausch anboten, hat sich unser ZoomIn-BW in den letzten Monaten stark gewandelt. Die letzten Male haben wir uns darin versucht, politische Debatten durchzuführen. Wir stellten ein Thema kurz vor und dann zur Diskussion. Wir sind darin noch unerfahren und betreten im besten Sinne des Wortes Neuland. Aber die Diskussionen sind erfrischend, sachlich und interessant.

Wir werden zu diesen ZoomIn-BW Treffen nun künftig noch verstärkt einladen. Als Landesverband wollen wir es zu einer wesentlichen Austauschplattform machen, in der auch zunehmend landesspezifische Themen diskutiert werden.

Alle Baden-Württemberger, die dieses Format noch nicht kennen, sind herzlich eingeladen, mitzumachen. Infos gibt es bei margit.zieger@buendnis-c.de.

Ebenso freuen wir uns über Feedback und Ideen zur weiteren Gestaltung des Formats. Jedes Format kann und muss sich entwickeln. Bei unserem ZoomIn-BW Format sehen wir eine Entwicklung, Wachstum und immer mehr Teilnahme. Dafür bedanken wir uns bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Unser ZoomIn-BW findet jeweils am dritten Montag im Monat um 20:00 Uhr statt und dauert genau eine Stunde. Den Link stellen wir auf Anfrage zur Verfügung (margit.zieger@buendnis-c.de)

Wir freuen uns auf Euch.



Jürgen Graalfs

Landesvorsitzender
Baden-Württemberg

Mecklenburg-Vorpommern

Nach der Kreistagswahl im Landkreis Rostock

Den Kreistagssitz konnten wir nicht wieder erringen. Schlechtes Ergebnis? Nein, im Grunde genommen nicht, wenn man die Umstände bedenkt.

Krankheitsbedingt konnten geplante Vorträge nicht gehalten, Flyer nicht verteilt, Plakate nicht aufgehängt werden: sprich, ein Wahlkampf im eigentlichen Sinne fand nicht statt. Und trotzdem haben treue Anhänger Bündnis C gewählt. 1417 Stimmen konnten wir in unserem Landkreis erringen, das sind 0,4 % bei einer recht hohen Wahlbeteiligung. Wir danken unseren Wählern ganz herzlich!

Wir könnten jetzt klagen, dass wir Stimmen an die „Rechten“ oder wen auch immer abgeben mussten. Was nützt das aber für die Zukunft? Eher stellt sich die Frage: Was werden wir zukünftig tun? Wie machen wir den Christen klar, dass Rechts noch lange nicht christlich ist? Wie machen wir klar, dass der Maßstab für politische Entscheidungen nicht allein menschliches Ermessen sein darf? Dass es wieder heißen muss: „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“? Nach

dieser Prämisse muss gefragt und gehandelt werden. Sonst bleibt der Segen aus.

Wenn wir Wahlanalyse betreiben, schaut man natürlich auch auf die Kommentare anderer Parteien. Dabei sind besonders die Antworten von Kevin Kühnert (SPD) aufgefallen bei einem Interview auf Phoenix. Unter anderem meinte er, dass zwar das Programm der SPD eigentlich passend wäre bis auf „... bestimmte Teilbereiche der Gesellschaft, die man klar abgrenzen kann, wo wir sehen, dass wir deutlich an Boden verloren haben. Ich spreche vom ländlichen Bereich, ich spreche vom Osten, ich spreche von Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen und Menschen im unteren Einkommensbereich.“

Handelt es sich bei diesen „Teilbereichen der Gesellschaft“ nicht um klassische Wählergruppen der SPD? Aber wenn man mit dem Finger auf jemanden zeigt, zeigen dabei drei Finger auf einen selbst, so dass auch wir uns immer wieder fragen müssen: Wie formulieren wir unsere Aussagen? Sind die so verständlich, dass sie jedermann erreichen und für unsere Wählergruppen relevant sind?

Es gibt ein Buch von Jim Wallis mit dem Titel „Wer, wenn nicht wir“. Der Autor analysiert in diesem Fall „... die US-Politik für alle, denen die Perspektivlosigkeit und der Werteverlust der politischen Elite Sorgen bereiten. Seine Vision ist zugleich Motivation für diejenigen, die nicht in Politikverdrossenheit verharren, sondern zu Akteuren werden wollen [...]. Mit der Bibel in der Hand befreit Wallis die christliche Ethik von ihren Fehlinterpretationen ...“.

Dies ist nicht nur Herausforderung in den USA, sondern betrifft uns in Deutschland und Europa genauso. Wenn nicht wir Christen von Bündnis C uns mit aller Kraft dafür einsetzen, christliche Werte wieder unter das Volk zu bringen – und zwar so, dass es nicht nur Phrasen sind – wer sollte es sonst tun? Wenn wir weiterhin Verantwortung übernehmen wollen, dann müssen wir uns kümmern!



Ute Büschkens-
Schmidt

Kreisvorsitzende
Rostock-Land

Niedersachsen

Landesparteitag Niedersachsen

Am 1. Juni 2024 haben wir als Landesverband Niedersachsen in der Immanuel Schule von Gifhorn von 11 bis 16 Uhr unseren Landesparteitag abgehalten. Anwesend waren zehn Mitglieder aus Niedersachsen und sechs Gäste.

Thomas Wiethe, unser Landesvorsitzender, eröffnete die Versammlung mit Begrüßung und Gebet und stellte unseren Gastsprecher Rüdiger Nijenhof kurz vor. In der Andacht erwähnte Thomas mit Bezug auf Johannes 1,29, dass ein Aufbruch zu Jesus spürbar ist und Gott die Gesellschaft nicht allein lässt. Er wünscht sich eine Umkehr zu ihm.

Es wurde festgestellt, dass die Einladung zum Landesparteitag frist- und satzungsgerecht erfolgt ist. Oliver Krebs wird einstimmig als Protokollführer und Thomas Wiethe zum Versammlungsleiter gewählt.

Um 11:30 Uhr startet das Impulsreferat von Rüdiger Nijenhof. Er ist für die Freien Wähler mit Direktmandat Ratsherr der Stadt Burgdorf und Abgeordneter der Regionsversammlung. Wichtige Punkte in seinem Referat sind:

Für Christen ist das politische Gegenüber nicht Feind, sondern von Gott geliebt. Ihm gebührt Wertschätzung und Respekt. Gemeinwohl geht vor Eigenwohl, das können viele Parteien nicht mehr. Transparenz und Ehrlichkeit sind bedeutsam, anstatt „wenn keiner es merkt, ist alles gut“. Brücken bauen macht den Unterschied von normaler und christlicher Politik. Wir haben andere Prioritäten, wir wollen Verantwortung übernehmen. Die Welt hat sich von Gott abgewendet, aber Gott nicht von der Welt. Beim Wahlkampf zählt nicht jemand, der schon bekannt ist, sondern jemand, dem vertraut wird. Ein Kandidat muss stellvertretend gute Entscheidungen treffen (können). Wir müssen Themen ansprechen, für die es sich lohnt zu kämpfen, und unnötige weglassen, die potenzielle Wähler abhalten und weniger relevant sind. Lokale Politik ist wichtig, sich für Familien einsetzen, Salz und Licht zu sein. Wahlkampf gelingt dann, wenn er von Herzen kommt.

Der Redner verstand es, seinen Beitrag sehr lebendig darzubringen und uns in ein aktives Zuhören zu bringen. Rückfragen werden gestellt und von Rüdiger beantwortet.

Nach der Mittagspause folgen der Rechenschaftsbericht und Finanzbericht und die Entlastung des Lan-

desvorstandes für die vergangene Amtszeit. Es werden drei neue Mitglieder aufgenommen.

Danach wird der Landesvorstand neu gewählt. Thomas Wiethe wird als Vorsitzender in seinem Amt bestätigt. Klaus-Dieter Schlottmann und Hermann Bohnenkamp werden als Stellvertreter gewählt und Emil Weigand zum Landesschatzmeister. Annegret Spilker und Bernd Gehring werden Beisitzer. Dieselben Personen werden auch einstimmig als Delegierte zum Bundesparteitag gewählt. Als Kassenprüfer werden Oliver Krebs und Jakob Labanowich vorgeschlagen und ebenfalls einstimmig von der Versammlung bestätigt.

Am Schluss wurde der neue Vorstand gesegnet und ebenso die beiden Kandidaten für die Europawahl Hermann Bohnenkamp und Stefan Jacobs für die letzte Woche des Wahlkampfes und ihren Einsatz.

Hermann Bohnenkamp

Stellvertretender Landesvorsitzender Niedersachsen

Politik auf dem Schulhof zur Europawahl 2024

Die BBS III aus Lüneburg, Regionales Kompetenzzentrum für berufliche Bildung, hatte bereits 2022 zu den Landtagswahlen den antretenden Parteien die Möglichkeit gegeben, den Schülern ihre Ziele und Inhalte vorzustellen. Damals waren wir nicht dabei, aber diesmal zur Europawahl haben wir als Bündnis C – Christen für Deutschland uns angemeldet.

Am 16. und 17. April 2024 von 8:15 – 13:00 Uhr konnten die zusagenden Parteien auf dem gemeinsamen Schulhof der BBS III und der Georg-Sonnin-Schule in Lüneburg ihre Inhalte und Ziele mit einem Infostand vorstellen. Es waren dabei: Bündnis 90/die GRÜNEN, SPD, CDU, Die Linke, Volt und wir von Bündnis C mit unseren Europawahlkandidaten Stefan Jacobs und Hermann Bohnenkamp und Klaus-Dieter Schlottmann als Stellvertretendem Landesvorsitzenden von Niedersachsen.

Scharen von Schülern kamen an unsern Stand aus den verschiedenen Berufszweigen, ob angehende Landwirte, Kfz-Mechaniker, Sozialpädagogen, Sozialassistenten, Altenpfleger, Gymnasialschüler usw. Sie kamen zumeist in kleinen Gruppen und arbeiteten ihren Fragezettel ab:

1. Frage: Wie heißt euer Spitzenkandidat?

Antwort: Eine Kandidatin, nämlich unsere Vorsitzende Karin Heepen.

2. Welche drei Ziele verfolgt eure Partei?

Dazu gab jeder von uns unterschiedliche Antworten aus dem Europawahlprogramm.

Die Antwort von Hermann Bohnenkamp war: 1. Frieden zu Hause und in Europa, das beinhaltet u.a. den Wunsch und das Ziel, dass der Krieg in der Ukraine beendet werden kann. 2. Die Demokratien stärken in Europa, indem wir eine beziehungsorientierte Politik von der Familie bis hinauf in die Regierung unterstützen, um einen guten Umgang in Europa zu fördern und Diktaturen zu verhindern. 3. Die Grundabsicherung für die existenziellen Bedürfnisse wie Nahrung, Kleidung und soziale Teilhabe bei den Schwachen, Kranken, Alten und behinderten Menschen soll ausgebaut werden.

3. Drei Gründe, warum die Wähler uns wählen sollen:

Hermann Bohnenkamp antwortete darauf: 1. Weil wir die Menschenwürde achten vom Embryo bis zum alten Menschen. 2. Weil wir an guten Beziehungen arbeiten in der Familie, Arbeit und Freizeit. 3. Weil wir Christen sind und es mit Gottes Hilfe besser, effektiver und überzeugender gelingt, Politik und Leben zu gestalten.

Wir waren begeistert über das Interesse der jungen Leute an Politik und sind überzeugt, dass wir eine gute Saat von christlichen Werten gesät haben, die aufgehen wird.

Hermann
Bohnenkamp

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Niedersachsen
Europawahlkandidat



Wahlkampf an der BBS in Lüneburg

Frisch ausgeruht traten wir am Dienstagmorgen auf dem Schulhof an. Der Stand war ruckzuck auch Dank Klaus-Dieter aufgebaut und es konnte losgehen.

Die ersten Schüler kamen und stellten oft erst mal die Frage nach Bündnis C. Dass wir eine Partei lebendiger Christen sind mit den Werten, die uns die Bibel mitgibt, fand durchaus positiven Zuspruch gerade auch bei Muslimen!

Die Zusammensetzung an diesem Schulzweig bestand viel aus zukünftigen Handwerkern, landwirtschaftlichen Berufen aber auch Gesundheitswesen und Abiturienten waren dabei. Besonderen Zuspruch fanden wir in den Gesprächen mit Menschen aus dem produzierendem und handwerklichen Gewerbe. Besonders die landwirtschaftliche Fraktion war interessiert und mit dem Prinzip Saat und Ernte konnten wir überzeugen und punkten.

Richtig interessant wurde es, als sich ein Mitbewerber der Grünen zu uns gesellte, der mitbekam, dass unser Stand gut besucht war, und vielleicht auch den einen oder anderen Happen meiner lauten Stimme. Sein Ziel war, uns aufs Glatteis zu führen. Ohne Vorspiel nahmen wir den Ball auf und konnten unsere Punkte von einem christlichen Menschenbild und Wertesystem nennen, was auch bei den jungen Menschen Anklang fand. Die Aussage eines jungen Mannes machte mir besonders Mut. Er sagte: „Ich habe mit der Kirche nicht viel zu tun. Aber das, was hier gesagt wird, macht für mich viel Sinn.“



Es war Zeit für Angriff und ich fragte den Grünen, was er denn bisher so gemacht habe. Nun, unheimlich viel Aktivismus, noch nicht fertig studiert, also wenig Substantielles. Aber er habe während seines 32jährigen Lebens schon vier Jobs ausgeübt. Und dann kam es aus den Reihen der Landmaschinenmechaniker: „Mir ist nicht wichtig, wie viele Jobs du gemacht hast, sondern wie viele Stunden du gearbeitet hast.“ Mit einiger Mühe konnten wir uns das Grinsen verkneifen.

Auch was den Umgang mit der AFD anbetrifft, bekam er keine Schnitte. Ich denke, dass ich als Christ mit jedem reden muss und die Politik den Auftrag hat, Menschen miteinander zu verbinden und nicht zu spalten und Mauern zu bauen. Wir brauchten eigentlich gar nicht mehr reden und konnten zusehen, wie sich die Grünen selbst vor den jungen Leuten zerlegten oder argumentativ entlarvt wurden.

Ein Gespräch mit einer jungen, vollverschleierte Muslima bleibt mir gut in Erinnerung. Es war geprägt von gegenseitigem Respekt, basierend auf vielen Gemeinsamkeiten in unseren Wertevorstellungen und auch der Akzeptanz von unterschiedlichen Vorstellungen. Auf ihre Frage, was ich von der Verschleierung halte, konnte ich ehrlich antworten, dass das nicht meins ist und ich nicht dafür bin, dass dieses in öffentlichen Institutionen getragen wird. Am Ende des Gespräches gab ich noch den Hinweis, dass überall wo Christen regieren, es allen anderen gut geht. Wie das in anderen Ländern aussieht, mag jeder selbst beurteilen.

Die letzte Frage auf dem Fragebogen der Schüler schloss sich dieser Argumentation an: Welche drei Gründe gibt es, Bündnis C zu wählen?

Es gibt für mich nur einen: Bündnis C besteht aus Christen, die nicht nur davon reden, die christlichen Werte zu leben, sondern die es auch in ihrem Leben widerspiegeln. Christus hat alle Unterschiedlichkeiten der Menschen überbrückt und will die Menschen in christlicher Nächstenliebe zusammenbringen. Bündnis C lässt jedem seine Freiheit, ohne die christlichen Werte dabei zu verleugnen. Und wir machen Politik im Interesse der Menschen und nicht irgendwelcher Ideologien.

Danke an Klaus Dieter und Hermann für zwei angenehme Wahlkampfstage.

Stefan Jacobs
Europawahlkandidat Niedersachsen

Hessen

Im Europawahlkampf

Als mir im August 2023 auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe durch die anwesenden Wahlberechtigten das Vertrauen ausgesprochen wurde, mich als Europawahlkandidat auf Listenplatz 6 zu setzen, war ich freudig überrascht und gespannt, wo diese Reise hingeht. Zugegeben, nach Brüssel höchstwahrscheinlich nicht. Wobei? Letztendlich schon, wenngleich nicht als neuer MdEP für Bündnis C, sondern im Rahmen der Vollversammlung der europäischen Partei ECPM, in welcher Bündnis C mit vielen anderen europäischen christlichen Parteien Mitglied ist.

Hauptaugenmerk lag zunächst aber auf dem Erreichen der benötigten Unterstützerunterschriften. Also habe ich ordentlich die Werbetrommel gerührt, Erfahrungen gemacht, wie dieses Blatt Papier doch Schwierigkeiten verursachen kann, angefangen beim ordentlichen Ausdrucken und Ausfüllen bzw. dem Erklären, wo was zu stehen hat und wo nicht. Aber es war auch schön zu sehen, wie einige Bekannte selbstredend ihre Unterstützung angeboten haben, in ihren Kreisen Werbung für Bündnis C gemacht und dabei Unterschriften gesammelt haben.

Neben dem Wahlkampf-Aspekt wollte ich auch meine persönlichen Positionen schärfen. Ein starker Impuls war das gemeinsame Medientraining in Fulda. Selbst vor der Kamera zu stehen und später dann online in Videos sichtbar zu sein, war eine wichtige Erfahrung und hat mich selbstbewusster gemacht. Auch die Schönblick-Konferenz zu Menschenhandel und



Zwangsprostitution hat mir geholfen, die Themen moderne Sklaverei und Prostitution/Nordisches Modell zu vertiefen, die politischen Akteure kennenzulernen, sich zu vernetzen und zu positionieren.

Schließlich wollte ich auch die Möglichkeit der Außenwerbung nutzen und konnte mit Plakaten, die der Landesverband Hessen zur Verfügung gestellt hat, meine Stadt Linden, die umliegende Gemeinde Langgöns und die Stadt Marburg (über einen von der Stadt bezahlten Plakatier-Dienst) mit Bündnis C-Plakaten versorgen. Es war eine lehr- und segensreiche Zeit, und ich bin sehr dankbar für die Unterstützung vom Bundes- und hessischem Landesvorstand. Ich will weiter mit Bündnis C „das Beste der Stadt“ suchen und freue mich darauf, was Gott in der kommenden Zeit für mich und für uns vorbereitet hat.

Ludwig Grünert

Landesverband
Hessen



Israel-Demo am 10. Juli 2024 in Fulda

Der 10. Juli 2024 war der deutschlandweit erste „Tag der Solidarität mit Juden und Israel“, initiiert vom Verein „Demokratie und Information e. V.“ (mehr unter <https://www.dein-ev.net/> oder [wir-juden-tag 2024 https://www.wir-juden.com/](https://www.wir-juden-tag-2024.com/)). Aus diesem Anlass nahmen auch in Fulda insgesamt 100 Israelfreunde mit zahlreichen Fahnen und Transparenten an einem „Gebetszug für den Frieden im Nahen Osten“ teil. Dazu hatte der Kreisverband Fulda von Bündnis C – Christen für Deutschland eingeladen zusammen mit anderen Veranstaltern, u. a. der Jüdischen Gemeinde Fulda, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (GCJZ) Fulda, der Jesus Haus Gemeinde (JHG) Fulda, der Kreistagsfraktion „Christen für Osthessen“ und dem Verein „Christen für das Leben e. V.“. Jana Tegel sowie Christa und Paul Alfons Büttner von der Jüdischen Gemeinde begleiteten die Kundgebung musikalisch mit jüdischen und deutschen Liedern.



Der Gebetszug vor dem Stadtschloss in Fulda.

Zunächst versammelten sich die Teilnehmer im Dechaneigarten am Dom vor den jüdischen Grabsteinen, die seinerzeit als Spolien für den Bau des Doms verwendet worden waren. Dazu sprach Pfarrer Michael Oswald aus Johannesberg (GCJZ) ein Gebet zum Gedenken an das Unrecht und die leidvolle Geschichte, die unsere jüdischen Mitbürger auch in Fulda haben erleben müssen.

Über die Domdechanei und die Johannes-Dyba-Allee ging es zum Stadtschloss, wo Dr. Norbert Höhl (Bündnis C) aus Deuteronomium 8 die Verse las, in denen das Volk Israel ermahnt wird, seinen Gott nicht zu vergessen, wenn es im Land Israel zu Reichtum gekommen ist: „Dann nimm dich in Acht und denk nicht bei dir: Ich habe mir diesen Reichtum aus eigener Kraft und mit eigener Hand erworben. Denke vielmehr an den Herrn, deinen Gott: Er war es, der dir die Kraft gab, Reichtum zu erwerben.“ (Dtn 8,17-18) Das gelte heute genauso für das deutsche Volk. Dessen gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und moralischer Niedergang seit Merkel und jetzt unter der Ampel-Regierung habe eine Hauptursache in der Gottlosigkeit und Gottvergessenheit unseres Volkes.

Am Jerusalemplatz, dem ehemaligen jüdischen Friedhof, betete Roman Melamed (Jüdische Gemeinde) in hebräischer und in deutscher Sprache Psalm 130: „Aus der Tiefe rufe ich, Herr, zu dir“. Über den Universitätsplatz gelangte der Zug mit Liedern und Gebet zur alten Synagoge, wo Roman Melamed ebenfalls in Hebräisch und Deutsch das Gebet für den Frieden in Israel vortrug, das in jedem Schabbat-Gottesdienst ge-

betet wird. Wolfgang Hengstler (GCJZ und Jüdische Gemeinde) verwies auf die aktuellen archäologischen Ausgrabungen zur alten Synagoge, dem einstigen geistlichen und kulturellen Zentrum der Jüdischen Gemeinde in Fulda.

In der Florengasse gedachten die Teilnehmer am alten Gesellenhaus der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, in der die jüdischen Männer Fuldas dort zunächst gefangengesetzt und dann ins KZ Buchenwald abtransportiert wurden (mehr darüber in der kürzlich vorgestellten App von Anja Listmann, der Beauftragten für jüdisches Leben in Fulda <https://getdoyo.app/touren/1000-jahre-juedisches-leben-in-fulda>).

Nach einem Halt vor dem ehemaligen jüdischen Altersheim in der Von-Schildeck-Straße wurden die Teilnehmer schließlich im Hof der Jüdischen Gemeinde empfangen. Roman Melamed sprach in Hebräisch und

der Bogen in den Wolken, so werde ich auf ihn sehen und des ewigen Bundes gedenken zwischen Gott und allen lebenden Wesen.“



Dr. Norbert Höhl

Kreisvorsitzender
Bündnis C Fulda



Der Gebetszug in der Florengasse in Fulda vor seinem nächsten Halt am ehemaligen Gesellenhaus

Deutsch das Gebet für den Frieden in Deutschland, das die Juden als deutsche Staatsbürger an jedem Schabbat beten. Thomas König (JHG) dankte allen Teilnehmern und verwies auf die Besonderheit, dass bei diesem Gebetszug Juden und Christen gemeinsam zu ihrem Gott für den Frieden in Israel und in der Welt beten konnten. Jana Tegel sang auf Jiddisch das Halleluja von Leonard Cohen und zum Abschluss erklang die israelische Nationalhymne HaTikwa.

Kaum war die Veranstaltung zu Ende, fing es an zu regnen und am südlichen Himmel war ein ganzer Regenbogen zu sehen. In Genesis 9,13 und 16 sagt Gott: „Meinen Bogen setze ich in die Wolken; er soll das Bundeszeichen sein zwischen mir und der Erde. Steht

Bayern

Oberfranken im Einsatz!

Das bewiesen unsere Mitglieder in Oberfranken, die acht Infostände zur Europawahl Wahl in Hof, Lichtenfels, Kulmbach und Naila abdeckten. In Lichtenfels und Kulmbach wurden wir zusätzlich von drei wunderbaren Helfern unterstützt, die nicht nur beim Auf- und Abbau



des Pavillons und bei den Kaffeepausen halfen, sondern auch Menschen ansprachen. Dabei waren diese gesegneten Helfer nicht einmal Mitglieder! Manchmal waren wir sogar zu viert vor Ort, und somit machte die Arbeit viel Spaß.

Unsere Stände wurden überwiegend von Nichtchristen besucht, was uns manchmal die Möglichkeit zur Evangelisation gab. Besonders beliebt am Werbematerial waren außer dem EU-Kurzprogramm unsere Embryo-Modelle, Streichhölzer sowie Kugelschreiber und Eindruck Hefte.

Das Oberfranken-Einsatzteam bestand aus sieben Mitgliedern und drei Interessenten und wir hatten so viel Spaß bei der Arbeit, dass wir auch nach der Wahl mit den Infoständen weiter machen möchten, damit Bündnis C bekannter wird.

Annette König

Bezirksvorsitzende
Oberfranken



In Hof haben wir erstmals Strichlisten darüber geführt, wie viele Menschen mit uns am Infostand gesprochen haben. Wir waren an drei Samstagen vor Ort. Im Durchschnitt waren etwa 25 Interessenten pro Tag mit uns im Gespräch.

Christen zeigten grundsätzlich Interesse an unserer Partei, vor allem solche, die andere C-Parteien nicht mehr für wählbar halten. Viele haben zum ersten Mal von Bündnis C gehört. Für Menschen, die mit dem christlichen Glauben nichts „am Hut“ haben, stehen unsere christlichen Werte erwartbar nicht an erster Stelle. Von diesen wurden andere Themen und politische Positionen nachgefragt. Das hat uns veranlasst, auch mit anderen Bündnis C-Wahlkämpfern darüber nachzudenken, wie wir diese Menschen erreichen.

Jörg Werner,
Stellvertretender Vorsitzender Oberfranken



Bündnis C Bezirksverband Oberfranken beim Marsch des Lebens

Am 7. 7. 2024 waren wir als Teilnehmer zu dritt beim Marsch des Lebens in Oberfranken dabei. Eines unserer Mitglieder war außerdem als Ordner engagiert. Der Marsch des Lebens ist nicht zu verwechseln mit dem „Marsch für das Leben“, der für das Lebensrecht und Lebensschutz eintritt. Märsche des Lebens finden auf Teilstrecken der sogenannten Todesmärsche der damaligen KZ-Häftlinge statt. Zum Gedenken an die während der NS-Zeit und am 7. Oktober ermordeten und gequälten Juden begann dieser Marsch um 17 Uhr und schloss mit einer Gedenkveranstaltung. Bei sonnigem Wetter liefen wir von Straßdorf nach Schwarzenbach am Wald (Frankenwald).

Als Teilnehmer wollten wir nicht auffallen, ich hatte aber Kleidung und die Fahne mit Bündnis C-Logo am Mann. Auf dem Schwarzenbacher Marktplatz wurden dann Jüdische Musikstücke gespielt und Vertreter der Jüdischen Kultusgemeinde Hof, der Kirche und der Landrat kamen zu Wort. Erkennbar war die Einsicht, dass Juden Hass in Deutschland besonders seit dem Hamas-Terror wieder unverhohlener und gewalttätiger auftritt, und man war man sich darin einig, dem entschieden entgegenzutreten.



Inwieweit den Ankündigungen und Bekenntnissen Taten folgen, wird die Politik noch unter Beweis stellen müssen. Auf uns wirkte die Veranstaltung insgesamt professionell und gelungen. Es wurde jedenfalls ein deutliches Zeichen gesetzt, dass die ca. 100 Teilnehmer an der Seite Israels stehen. Und vielleicht hat auch der eine oder andere das Bündnis C-Logo gesehen.

aus zwei Schulen verschiedene Themen vor dem Hintergrund des christlichen Glaubens diskutieren. Es wurde eine gelungene und bereichernde Veranstaltung. In der zweiten Testwahl kam Bündnis C auf 1,5 % der Stimmen.

Der Erfolg von Bündnis C bei kommenden Wahlen hängt nach unserer Überzeugung wesentlich davon ab, ob unsere politischen Inhalte der jungen Generation Mut und Hoffnung für die Zukunft vermitteln können. Junge Menschen suchen Orientierung und Halt in ihrem Leben. Lebensinhalt und Sinn finden die Menschen seit vielen Generationen im christlichen Glauben. Der Bestseller-Autor und Arzt Manfred Lütz hat 2024 ein Buch mit dem Titel „Der Sinn des Lebens“ veröffentlicht. Er beschreibt, wie Generationen von Christen durch die Kunst unsere Gesellschaft positiv geprägt haben. Dies kann uns als Christen in der Politik als Vorbild dienen. Durch die Teilnahme an politischen Bildungsveranstaltungen prägen wir junge Menschen für ihr ganzes Leben. Nicht nur Künstler können eine Gesellschaft positiv verändern, auch wir Christen in der Politik tun dies und wollen dies weiter tun.

Jörg Werner

Stellvertretender
Bezirksvorsitzender
Oberfranken



Schleswig-Holstein

Politische Bildung im Fokus

Die Europawahl hat gezeigt, dass politische Bildung für junge Menschen eine zentrale Rolle spielt, damit die Grundwerte der Demokratie in unserer Gesellschaft erhalten bleiben und in allen Generationen gelebt werden.

Am 30. 04. 2024 fand ein politisches Speeddating von Erstwählern mit politischen Parteien auf dem Scheersberg in Steinbergkirche statt. Als Mitglieder des Landesvorstandes Schleswig-Holstein durften wir im persönlichen Gespräch mit politisch interessierten Jungwählern



Birgit und
Hans Martin
Konzelmann

Landesvorsitzender
Schleswig-Holstein

Rheinland-Pfalz

Bezirksverband Nordost

Eine treue Auswahl von Mitgliedern und Interessenten des Bezirksverbandes trifft sich in der Regel monatlich zum Gebet und zum Austausch. Im Rahmen des Wahlkampfes zur abgelaufenen Europawahl haben wir Kontakt zur Landesvorsitzenden von Bündnis C Hessen geknüpft. Sie wohnt nicht weit entfernt ebenfalls im Westerwald und wir holten dort ca. 70 Wahlplakate ab. Mit sechs Mitgliedern unseres Gebetskreises wurden die Plakate fünf Wochen vor der Wahl im nördlichen Westerwald bis in das angrenzende Nordrhein - Westfalen hinein aufgehängt. Bei einer Fahrt durch die Ortschaften der Verbandsgemeinde Bad Marienberg war es eine Freude, fast in jedem Ort ein aussagefähiges Plakat von Bündnis C zu entdecken.

Wir vom Bezirk Nordost waren uns einig, dass die vorgenommene Plakatierung sehr zu einem Zuwachs an Stimmen beigetragen hat. In nur drei Landkreisen (Altenkirchen, Westerwald und Neuwied) erhielten wir 25 % der insgesamt erzielten Stimmen für Bündnis C in ganz Rheinland – Pfalz mit insgesamt 36 Kreisen und kreisfreien Städten in unserem Bundesland.

Wir waren verantwortungsvolle Bürger: schon eine Woche nach der Wahl hatten wir alle Plakate in unserem Bereich wieder abgehängt.

Volker Giese

Bezirksvorsitzender
Rheinland-Pfalz
Nord-Ost



Hamburg

Gründung des Landesverbandes Hamburg geplant

Am 07. September 2024 ist die Gründung des Landesverbandes Hamburg geplant. Nach zahlreichen Schritten der Vorbereitung freuen wir uns auf den Start unseres Verbandes!

Gern hätten wir auch in Hamburg einen aktiven Wahlkampf geführt. Leider fehlte dazu eine feste Organisation, wo jeder seine Aufgabe hat und auch durchführt. Insofern wurden nur von einzelnen Mitgliedern Flyer und Informationsmaterial verteilt. In Zukunft wollen wir Vorträge in Vereinen, Zusammenkünfte für Mitglieder und Gäste und andere Aktivitäten organisieren, um den Bekanntheitsgrad von Bündnis C zu erhöhen.

Wir freuen uns, mit der Landesverbandsgründung diesem Ziel ein Stück näher zu kommen und „neuen, frischen Wind“ in unsere Hansestadt zu bringen. Gäste aus anderen Bundesländern sind zum Gründungsparitätig herzlich willkommen!



Sonja
Koschinsky

Hamburg

EINDRUCK zum Herunterladen und Weiterleiten:

Unter [buendnis-c.de/eindruck-magazin/](https://www.buendnis-c.de/eindruck-magazin/) können Sie unsere EINDRUCK-Hefte online lesen und an Interessenten weitergeben.



Bannmeilen-Gesetz gegen Lebensrechtler: Abtreibung ist keine Gesundheitsversorgung!

In der letzten Sitzung vor der Sommerpause hat der Bundestag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes angenommen. In namentlicher Abstimmung votierten 381 Abgeordnete für den Gesetzentwurf, 169 lehnten ihn ab. Das Gesetz zielt darauf ab, Schwangere und das Personal vor Belästigungen an Beratungsstellen zu schützen. Es gilt für wahrnehmbare Verhaltensweisen in einem Bereich von 100 Metern um den Eingangsbereich der Beratungsstellen und Einrichtungen, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden. Demnach ist es untersagt, das Betreten der Einrichtungen durch Hindernisse absichtlich zu erschweren, einer Schwangeren gegen ihren erkennbaren Willen die eigene Meinung aufzudrängen, sie erheblich unter Druck zu setzen oder sie mit unwahren Tatsachenbehauptungen oder verstörenden Inhalten zu konfrontieren. Verstöße dagegen sollen als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld von bis zu 5000 Euro belegt werden.

Obwohl es zu den geschilderten Sachverhalten bisher keinerlei Anzeigen gibt, weder von schwangeren Frauen noch seitens der Einrichtungen, wurde ein Gesetz verabschiedet, das quasi prophylaktisch Lebensrechtler mit unwahren Behauptungen unter Generalverdacht stellt und ihnen erheblich das Grundrecht auf

Versammlungs- Meinungs- und Religionsfreiheit einschränkt. Es wurde einmal mehr ein Problem geschaffen statt gelöst und Unrecht zum Gesetz erhoben, während gewalttätige Angriffe auf Lebensrechtler ignoriert werden. Das Gebäude der Bundesgeschäftsstelle von Bündnis C wurde erneut von Linksextremisten mit einem Graffiti-Schriftzug beschädigt. Obwohl es ein Bekennerschreiben gibt und Anzeige erstattet wurde, hat der Staatsschutz die Ermittlungen eingestellt. Wo bleibt ein Gesetz, das Bannmeilen gegen Angriffe um Organisationen vorsieht, die das Lebensrecht verteidigen?

Durchsichtiges ideologisches Ziel der Regierungskoalition ist es, nach der Abschaffung des Werbeverbots für Abtreibungen (§ 219a) und der nun beschlossenen Kriminalisierung von Lebensrechtler Abtreibung als normale Gesundheitsversorgung zu etablieren – gegen jedes Naturrecht und das Lebensrecht der Kinder. Es geht den Ampel-Parteien damit nicht um die betroffenen Frauen, sondern um die Durchsetzung des eigenen ideologischen Machtanspruchs. Die juristischen Argumente gegen das Gesetz seitens CDU, CSU und AfD wurden ignoriert. Umso mehr fordern wir die jetzige Opposition auf, im Falle eines Regierungswechsels das Gesetz zurück auf die Tagesordnung zu bringen – um der Frauen, der Kinder und ihrer Familien willen.

(Pressemitteilung 10.07.2024)



Atomabkommen mit dem Iran beenden und Sanktionen einsetzen!

Der beispiellose Angriff des Iran auf Israel unterstreicht unsere Forderung, dass die mit dem gescheiterten Atomabkommen (JCPoA) ausgesetzten Sanktionen gegen das Mullah-Regime von Deutschland und allen beteiligten Partnern sofort und vollumfänglich wieder eingesetzt werden.

Deutschland ist der größte EU-Handelspartner des Iran. Die Iranischen Revolutionsgarden (IRCG) sind nicht nur die wichtigste militärische und politische Macht im Iran und mit ihren Proxies im Irak, dem Libanon, Syrien, dem Jemen und der Hamas die Drahtzieher des Terrors gegen Israel. Sie kontrollieren ebenso die iranische Wirtschaft und verdienen direkt an den Wirtschaftsbeziehungen mit Europa.

Die von den Staatschefs der Europäischen Union neu beschlossenen Sanktionen der EU gegen den Iran zielen nur auf den Militärbereich ab und wurden bereits in der Vergangenheit von Teheran unterlaufen. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell begründete seine Zurückhaltung, überhaupt neue Sanktionen zu verhängen, erneut mit den noch immer nicht beendeten Atomverhandlungen. Dieses Abkommen unterläuft der Iran seit seinem Abschluss 2015 und stellt mittlerweile nahezu waffenfähiges Uran her. Dennoch will der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Rafael Grossi die Verhandlungen mit dem iranischen Regime wieder aufnehmen. Mit dem Festhalten an dem gescheiterten Atomabkommen verhindern die europäischen Partner seit 2018 die volle Wiedereinsetzung der Sanktionen gegen den Iran und finanzieren so dessen Atombombe und Terror gegen Israel mit.

Statt Israel zur Deeskalation aufzurufen und wirkungsloser Warnungen gegenüber dem Iran fordern wir Bun-



deskanzler Scholz auf, alle Wirtschaftsbeziehungen zum Iran mit Sanktionen zu belegen. Den Wirtschaftsinteressen Deutschlands, denen die Sanktionen entgegenstehen, darf nicht weiter die Sicherheit Israels geopfert werden.

Die Iranischen Revolutionsgarden gehören zudem auf die nationale und die EU-Terrorliste, wie es Israel schon lange fordert und das Europaparlament in einer Resolution Anfang 2023.

Die European Christian Political Movement (ECPM) verabschiedete bereits 2022 die folgende von Bündnis C – Christen für Deutschland vorgelegte Resolution an den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und die Europäische Kommission mit der Forderung zum Ausstieg aus dem Atomabkommen und der Wiedereinsetzung der Sanktionen:

<https://buendnis-c.de/ecpm-resolution-von-buendnis-c-zum-atomabkommen-mit-dem-iran-3935/>

(Pressemitteilung 18.04.2024)

Folgen Sie uns in den Sozialen Medien!



<https://buendnis-c.de/>



<https://twitter.com/buendnisC>



<https://t.me/buendnisC>



<https://www.instagram.com/buendnisC>



<https://www.facebook.com/buendnisC>



<https://www.youtube.com/buendnisC>

Keine Bühne für islamistische Nationalisten!

Erneut haben tausende Islamisten in Hamburg demonstriert, wenn auch unter Auflagen. Die Forderung nach einem Kalifat, so Justizminister Buschmann, sei absurd und kein Grund für ein Verbot. Damit setzt er die bisherige Realitätsverweigerung der deutschen Politik gegenüber dem politischen Islam fort, der seit Jahrzehnten meint und verfolgt, was er sagt. Vom Ausland gesteuerte Islamverbände werden als religionspolitische Partner hofiert, trotz von der Türkei lancierten Angriffen z.B. auf Kurden und Armenier. Der deutsche Rechtsstaat nährt damit Islamisten, die dessen Abschaffung verfolgen.

Legalistisches Organ dafür ist die neu gegründete Partei DAVA, die zur Europawahl antritt. Sie fungiert als Ableger der türkischen AKP und wirbt unter anderem mit Israel-Hass und Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland. An ihrer Spitze stehen Erdoğan-Lobbyisten und Funktionäre deutscher Islamverbände wie auch Anhänger des iranischen Regimes. Hinter der DAVA steht die Agenda des politischen Islam der Muslimbruderschaft, die befördert durch den türkischen Präsidenten in Deutschland Fuß fassen soll.

Vertreter der kurdischen Gemeinde in Deutschland fordern die deutsche Politik auf, mit allen Mitteln gegen diese politische Einflussnahme aus der Türkei und dem Iran vorzugehen. Mit der seit April möglichen doppelten Staatsbürgerschaft gewinnen türkische Nationalisten noch mehr Einflussmöglichkeiten auf die Politik in Deutschland.

Bündnis C unterstreicht diesen Appell. Ein religiös unterfütterter politischer Anspruch ist nicht mit Vielfaltsbekundungen und Meinungsfreiheit zu befrieden. Statt mit türkischen Nationalisten und Islamisten zu paktieren, kann die deutsche und europäische Politik auf die Stimme von Kurden und liberalen Muslimen hören, die für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Europa eintreten.

Hier sehen Sie Karin Heepen, Bundesvorsitzende von Bündnis C – Christen für Deutschland, mit einer Botschaft an die kurdische Gemeinschaft in Deutschland und Europa <https://www.youtube.com/watch?v=6lF-7g98oA2Y&t=99s>

(Pressemitteilung 13.05.2024)

Glaubwürdige Außenpolitik statt repressive Regime hofieren!

In der letzten Woche war fast täglich neues Versagen der europäischen Außenpolitik zu beklagen. Wer offiziell den iranischen Präsidenten betrauert und gleichzeitig zum Haftbefehl gegen den israelischen Premierminister schweigt, hat den Kompass gegenüber Extremismus und seinen eigenen freiheitlichen Prinzipien verloren. Bündnis C – Christen für Deutschland setzt sich für eine glaubwürdige Politik gegenüber diktatorischen Regimen ein und fordert die Bundesregierung auf, Premierminister Netanjahu gerade jetzt nach Deutschland einzuladen.

Unsere Außenpolitik, die der EU, der UN und des Internationalen Strafgerichtshofs sorgten in dieser Woche weithin für Ratlosigkeit. Am 16. Mai hat ein türkisches Gericht im sogenannten Kobane-Prozess mit über 100

Angeklagten den ehemaligen pro-kurdischen Parteivorsitzenden Selahattin Demirtas zu 42 Jahren, Figen Yüksekdağ zu mehr als 32 Jahren und 22 weitere kurdische Politiker zu 10 Jahren oder mehr Gefängnis verurteilt. Human Rights Watch sprach von einem politisch motivierten Massenprozess, der die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 2018 und 2020 ignoriert. Nach den Erfolgen der kurdischen Opposition bei den Lokalwahlen Anfang April zerschlugen Erdogans Richter mit dem Urteil die Hoffnung auf einen versöhnlicheren Kurs gegenüber den Kurden. Die deutsche Regierung überließ es der Menschenrechtsbeauftragten, eine nichtssagende Erklärung abzugeben, statt sich zur demokratischen Opposition zu stellen und von der Türkei als EU-Beitrittscandidat Rechtsstaatlichkeit einzufordern.



Am 17. Mai wurde auf einer DITIB-Pressekonferenz deutlich, dass nach einer neuen Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium des Inneren und der Diyanet über die Ausbildung türkischer Imame diese weiterhin vollständig unter der Kontrolle der türkischen Religionsbehörde bleibt. ¹ DITIB erklärte ausdrücklich: „Es ist für uns insofern kein Neubeginn, sondern eine konsequente Ausweitung des Imam-Programms. Grundgedanke ist, dass wir Universitäts-Absolventen der islamischen Theologie aus der Türkei nach Deutschland holen und sie mit einer Bleibeperspektive für die Gemeindefarbeit hier selbst ausbilden.“ ²

Die deutsche Regierung unterstützt damit weiterhin die türkische Diskriminierung der Kurden und erlaubt Erdogan, Extremismus in Deutschland zu züchten. Es fliehen davor nicht nur viele Kurden nach Europa, sondern sie finden bei uns denselben Islamismus vor wie in der Türkei, dem die deutsche Politik wehren müsste.

Am 20. Mai gab die EU-Kommission zunächst nach einem Helikopter-Unfall die Unterstützung der Suche nach dem iranischen Präsidenten Raisi als #EU-Solidarität bekannt. Nach Bekanntwerden seines Todes drückten sowohl der EU-Ratspräsident Charles Michel als auch der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell ihr Beileid und Mitgefühl aus. Die Bereitstellung von Hilfe und Kondolenzen sind sicher ein Ausdruck von Menschlichkeit, wie EU-Kommissar Lenarčič sie rechtfertigte. Aber hätten die EU-Vertreter diese auch im Falle Putins geliefert? Raisi ist persönlich für den grausamen Tod Tausender verantwortlich, für die Unterdrückung von Millionen von Frauen, die Folterung unzähliger unschuldiger Opfer,

¹ <https://www.deutschlandfunk.de/religionspolitik-in-der-tuerkei-der-dienst-der-diyamet-100.html>

² <https://www.ditib.de/detail1.php?id=847&lang=de>

direkte militärische Angriffe gegen Israel und durch iranische Proxies. Er war Führer eines Regimes, das alle ethnischen Minderheiten (wie Kurden und Belutschen) sowie die Christen im Iran unterdrückt und das Drohnen und Raketen nach Russland liefert. Wer zum Tod eines solchen Führers offiziell kondoliert, kann nicht unterschlagen, was dieser Führer national und international verbrochen hat. Das sind wir den Freiheitskämpfern im Iran und unseren europäischen Grundwerten schuldig.

Stattdessen setzt die UN ihre Flaggen auf Halbmast und die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats legen eine Schweigeminute zum Gedenken des iranischen Präsidenten ein. Gleichzeitig beantragt der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) Karim Khan Haftbefehle gegen die Führer der Hamas wie auch gegen Israels Premierminister Netanjahu und Verteidigungsminister Galant wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diese Gleichstellung von Terroristen mit der gewählten Regierung eines Rechtsstaates lässt jeden moralischen Kompass und politischen Willen zur Lösung des Konflikts vermissen.

Bündnis C – Christen für Deutschland bekräftigt die Forderungen des israelischen Botschafters Ron Prossor, dass Deutschland sich von dem Antrag Khans klar distanziert: „Jetzt steht die Staatsräson auf dem Prüfstand“, erklärte er. Wo der IStGH seinen moralischen Kompass völlig verloren hat, hat Deutschland „die Verantwortung, diesen Kompass wieder auszurichten.“

Wir begrüßen die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes und der Bundesregierung, dass die Richter am IStGH den Vorwurf eines Völkermordes gegen Israel zu belegen haben. Gleichzeitig ist es Zeit, die Unabhängigkeit des IStGH und seine Verfahrensabläufe wie die aller anderen internationalen Gerichte in Frage zu stellen, wenn diese nicht mehr dem Völkerrecht dienen. Kein EU-Staat sollte kooperieren, wenn der IStGH einen Haftbefehl gegen israelische Regierungsmitglieder erlässt. Ein klares Signal der Bundesregierung, dass sie sich an einen solchen Haftbefehl nicht gebunden sieht, wäre, gerade jetzt Premierminister Netanjahu auf Staatsbesuch nach Deutschland einzuladen.

Als Bündnis C werden wir eine Stimme im Europäischen Parlament sein, die sich gegen das moralische Versagen der EU und der internationalen Institutionen stellt und zu Recht und Wahrheit in den internationalen Beziehungen.

(Pressemitteilung 22.05.2024)

90 Jahre Barmer Theologische Erklärung

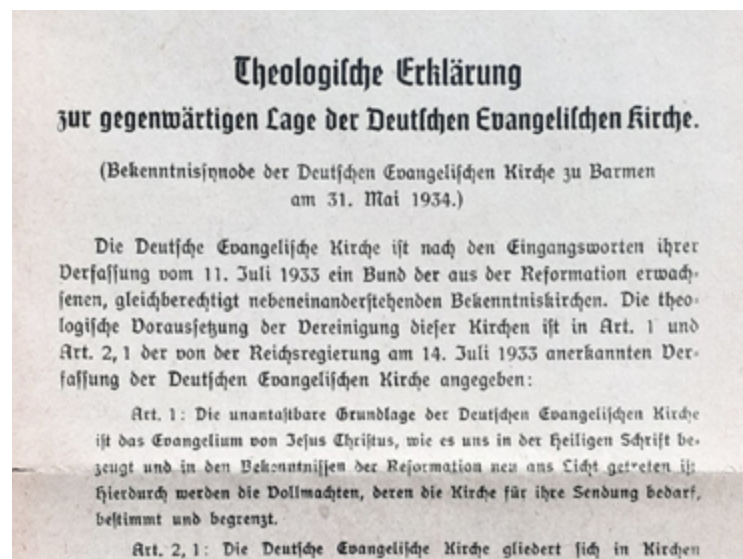
Die Theologische Erklärung der Bekenntnissynode in Barmen wurde am 31. Mai 1934 von der Bekennenden Kirche unter der nationalsozialistischen Herrschaft verabschiedet. Der Nationalsozialismus setzte sich selbst an die Stelle Gottes und erhob über den weltlichen Bereich hinaus absoluten Anspruch über den Menschen. Die Barmer Theologische Erklärung richtete sich gegen die Theologie und das Kirchenregime der „Deutschen Christen“, die die evangelische Kirche der Diktatur des „Führers“ gefügig machten. Zum Verhältnis von Staat und Kirche sagt These 5:

„Fürchtet Gott, ehrt den König.“ (1. Petr 2,17)

Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“¹

Protestantische Christen waren von der Lehre Luthers her zu den Zwei Regimentern der weltlichen und der geistlichen Herrschaft ambivalent geprägt in ihrer Haltung gegenüber der Obrigkeit. Sie schwankten zwischen Unterordnung, aktiver Beteiligung an der Staatsgewalt und passivem Widerstand gegen Unrecht der Regierenden. Das gemeinsame Bekenntnis und die Einheit der Deutschen Evangelischen Kirche waren unter den Nationalsozialisten aufs schwerste gefährdet.



Erstdruck der Barmer Theologischen Erklärung

Heute sind unsere Kirchen erneut politisch gespalten. Diese ideologische Polarisierung ist auf der politischen Ebene nicht zu lösen. Wir sehen aus unserer Geschichte, dass eine gesplattene Kirche nicht nur geschwächt und mit sich selbst beschäftigt ist, sondern aufhört, Kompass für die Gesellschaft zu sein. Wo die Kirchen nicht mehr an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit erinnern, werden sie kraftlos und ohne Einfluss auf die Gesellschaft. Die ehemals christlichen Parteien CDU/CSU haben ihre Positionen parallel mit der geistlichen Kraftlosigkeit der Kirchen in Deutschland aufgegeben. Wo die Kirchen nicht mehr der Kraft des Wortes Gottes vertrauen und gehorchen, werden sie selbst zum Spiegelbild der Gesellschaft statt zum Garanten für einen gerechten Staat.

Wenn die Gesellschaft jedoch Spiegelbild der Kirche Jesu Christi sein soll, kann Umkehr in der Politik nur aus einer geistlichen Erneuerung der Kirchen kommen. Wir brauchen damals wie heute keine politisierte Kirche, sondern eine, die das Wort Gottes predigt und dieses Wort in die Gesellschaft hineinspricht. Wir brauchen Politiker, die die Bibel kennen, daran ihre Politik ausrichten und die Wege Gottes für unser Land aufzeigen. Es braucht christlich fundierte politische Antworten über die einander bekämpfenden ideologischen Positionen hinaus. Es ist Zeit, die politische mit der geistlichen Ebene in unserem Denken und Handeln zusammenzubringen.

¹ <https://www.ekd.de/Barmer-Theologische-Erklärung-Thesen-11296.htm>

Weil wir als Christen den irdischen Staat nicht nur erdulden, sondern als ordnende Gewalt für unsere Gesellschaft wollen, und weil wir ihn als Rechtsstaat wollen, damit er seinen göttlichen Auftrag erfüllt, dürfen wir uns aus dem politischen Bereich nicht heraushalten und sind für den Charakter dieses Staates mitverantwortlich, berufen und haftbar.

Wenn sich die Staatsgewalt gegen Gott, dem sie ihre Macht verdankt, widersetzt, muss unsere Mitwirkung als Christen damals wie heute auch den Ruf in Gottes Ordnungen umfassen, wo eine Regierung diese Ordnungen missachtet. Und wo sich Christen nicht mehr kompromisslos an der Politik beteiligen können, muss die Kirche diesen Dissens im kritischen Respekt öffentlich zum Ausdruck bringen.

Die Kirchen stehen erneut in der Gefahr, sich dem politischen Zeitgeist anzupassen und unterzuordnen. Damit verfehlen sie ihren Auftrag, in den Verführungen falscher Heilslehren, wie sie Matthäus 24 beschreibt, die Geister zu unterscheiden, den Gläubigen, Politik und Gesellschaft biblischer Kompass und dieses kritische Gegenüber zu sein. Die kritische Entscheidung der Kirchen scheint heute der letzte Paragraf der Barmer Theologischen Erklärung sein:

„Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne die Kirche in menschlicher Selbstherrlichkeit das Wort und Werk des Herrn in den Dienst irgendwelcher eigenmächtig gewählter Wünsche, Zwecke und Pläne stellen.“

(Pressemitteilung 31.05.2024)

Mahnmal zur Erinnerung an die Barmer Theologische Erklärung in Wuppertal



Abonnieren Sie unseren kostenlosen

Bündnis C E-Mail Newsletter und bleiben Sie auf dem Laufenden!

newsletter.buendnis-c.de



Jetzt anmelden!

Pressefreiheit erhalten

Am 16. Juli 2024 verbot das Bundesinnenministerium unter Nancy Faeser die Compact-Magazin GmbH, die Conspect Film GmbH, alle zugehörigen Kennzeichen und Symbole, also das Compact-Logo und das als Abkürzung benutzte C. Das eigentliche Verbot wurde durch Verbotungsverfügung bereits am 5. Juni 2024 erlassen. Es gab bis dato keine Anzeigen gegen das Magazin oder verbundene Medien, keine Gerichtsurteile und keine Verbote einzelner Artikel oder Ausgaben.

Zu Recht löste das die Frage aus, wie es um die Pressefreiheit bestellt ist. Wer sich von einer Zeitung oder anderem Medium beleidigt fühlt, kann Anzeige erstatten, bekommt gegebenenfalls Recht und eine Entschuldigung oder Gegendarstellung. Er wird aber niemals das gesamte Medium verbieten können. Wer Falschmeldungen und Lügen entdeckt, kann klagen, bekommt gegebenenfalls Recht und eine Gegendarstellung. Aber niemals wird das gesamte Medium verboten. Das gehört auch zu einem Rechtsstaat, dass man sich gegen Verleumdung, Beleidigung und Falschaussagen in den Medien wehren kann.

Hier wurde jedoch nicht ein einzelner Artikel, eine Ausgabe bemängelt, nicht vor einem ordentlichen Gericht verhandelt, sondern von der Bundesinnenministerin eine Mediengruppe insgesamt verboten. Selbst Sympathisanten des Magazins, die das Logo von Compact auf der Kleidung trugen, wurden angezeigt. Geht es darum, Vertreter eines bestimmten Meinungsspektrums zu zerstören und deren Leser, Zuschauer oder Gleichgesinnte einzuschüchtern? Erst kürzlich wurden per Gesetz Lebensschützer und Lebensrechtler mit einem partiellen Demonstrationsverbot belegt und damit eine bestimmte Meinungsäußerung verboten. Mit dem Compactmagazin geht es weiter.

Selbst alttestamentliche Propheten durften ihre Könige auf Ungerechtigkeiten hinweisen. Gott hat uns einen freien Willen und einen wachen Geist gegeben. „Eine Meinung zu haben, diese auch zu äußern und die Freiheit, dabei auch die Regierung kritisieren zu dürfen, sind Rechte, die erhalten bleiben müssen.“ So konnte man es am 17. Juni 2023 an unserem Infostand in Hof lesen.



Bündnis C vertritt in keiner Weise die Inhalte des Magazins, insbesondere nicht dessen antisemitische Agenda. Aber hier geht es um die Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und darum, was aus kritischen Medien wird. Die rechtlichen Grundlagen des Verbots sind zweifelhaft, denn das Presserecht sieht ein Verbot von Medien nicht vor und die Gesetzgebungskompetenz dafür liegt bei den Ländern. Es wurde vom Bund eine Zeitung verboten, was in der Bundesrepublik Deutschland noch nie vorkam, und das Vermögen einer strafrechtlich unbescholtenen GmbH enteignet. Damit wurde die Gewaltenteilung ausgehebelt. Und obwohl Hausdurchsuchungen vorher streng geheim zu halten sind, standen mit dem Großaufgebot der Polizei Pressefotografen bereit, die ihre Fotos veröffentlichten, ohne dass der Chefredakteur eine Chance auf Rechtsschutz oder Geltendmachung der Privatsphäre hatte.

Es muss daran erinnert werden, dass die grundgesetzlich garantierten Bürgerrechte Abwehrrechte gegen den Staat sind, die das Bundesinnenministerium zu schützen hat. Das Verbot von Compact ist offenbar die Ausführung der Ankündigung Faesers zusammen mit Verfassungsschutzpräsident Haldenwang am 13.02.2024, auch Meinungsäußerungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze zu kriminalisieren. Auf welcher rechtlichen Grundlage dieses Verbot Bestand hat, werden nun Gerichte entscheiden müssen.

Jörg Werner

Stellvertretender
Bezirksvorsitzender
Oberfranken



Kurzstatements

Wohlstand mittels Schulden ist auf Sand gebaut

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und der New Economics Foundation (NEF) beklagen, dass die geplanten neuen europäischen Schuldenregeln Investitionen in Gesundheit, Bildung und Umweltschutz behindern, der Wirtschaft schaden und Europa ärmer machen. Nach langer Debatte hatten sich die EU-Länder und das Parlament Anfang Februar auf neue gemeinsame Schuldenobergrenzen geeinigt. Es gilt nach der Aussetzung der Schuldenregeln während der Corona-Krise wieder, dass der Schuldenstand eines Mitgliedstaates 60 Prozent der Wirtschaftsleistung nicht überschreiten darf und das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit zwischen Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Haushalts unter drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bleibt. Außerdem gibt es Mindestanforderungen für die Rückführung von Schuldenstandsquoten für hoch verschuldete Länder.

Nach dem Auslaufen des schuldenfinanzierten milliardenschweren Corona-Aufbaufonds 2027 sollen so auf Dauer ausgewogene und tragfähige öffentliche Finanzen erreicht werden. Kritiker fordern hingegen weitere zusätzliche 300 bis 420 Milliarden Euro jährlich für soziale und grüne Ziele. Es ist jedoch bereits das Aufbauprogramm NextGenerationEU keine Investition zugunsten der nächsten Generation, sondern ein Schuldenberg, der auf ihr lastet.

Bündnis C plädiert für eine solide Haushaltspolitik, die statt Anspruchsdenken zu fördern die Ausgaben an den Einnahmen misst und das hemmungslose Schuldenmachen und Gelddrucken beendet, damit Europa nicht in einer Finanzkrise endet.

13.04.2024

Wie unsere Wirtschafts- und Außenpolitik Migration verursacht und wie wir das ändern können

Bundespräsident Steinmeier befindet sich aktuell in der Türkei anlässlich des 100. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Seit Oktober letzten Jahres bombardiert die türkische Armee erneut nahezu täglich Gebiete der Autonomen Verwaltung Nordost-Syriens (AANES) mit dem Ziel, deren demokratische, multiethnische Strukturen unter kurdischer Führung zu zerschlagen. EU und NATO schweigen wie schon in der Vergangenheit zu den völkerrechtswidrigen Angriffen.

Wir fordern Bundespräsident Steinmeier und die deutsche Bundesregierung zu konsequenten Schritten gegenüber der türkischen Regierung auf. Mit ihrer Appeasement-Politik gegenüber aggressiven und repressiven Regimen wie der Türkei befördern unsere Regierung und die EU einen Großteil des Elends, das Menschen aus ihrer Heimat in die Flucht treibt. Die Zusammenarbeit mit der Autonomen Verwaltung Nordost-Syriens (AANES) und den Syrisch-Demokratischen

Streitkräften (SDF) ist das Gebot der Stunde, um die Region zu stabilisieren.

In unserer neuen Broschüre zu Wirtschaft, Außenpolitik und Migration bringen wir die Fakten und Hintergründe dazu ans Licht, wie unsere Wirtschafts- und Außenpolitik Migration verursacht und wie wir

das ändern können. Diese Veröffentlichung ist ein wegweisender Beitrag und umso brisanter angesichts des Angriffs des Iran auf Israel und der anhaltenden Bombardierungen Nordost-Syriens durch die Türkei. Sie können das Heft in unserer Bundesgeschäftsstelle bestellen oder unter <https://buendnis-c.de/material/> herunterladen.

23.04.2024



Rechtsstaat oder Kalifat?

Am Wochenende haben etwa 1000 Islamisten in Hamburg die Versammlungsfreiheit genutzt, um gegen Islamfeindlichkeit und für ein Kalifat in Deutschland zu demonstrieren. Dahinter steht die Gruppierung „Muslim Interaktiv“, führendes Mitglied ist Joe Adade Boateng, Lehramtsstudent in Deutschland und Influencer.

„Muslim Interaktiv“ steht der verbotenen islamistischen Organisation Hizb at-Tahrir nahe und wirbt vor allem unter jungen Muslimen für die Einführung eines Kalifats. Erst nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel begann das Bundesinnenministerium im November Ermittlungen gegen das Islamische Zentrum Hamburg, das die islamische Revolution des iranischen Mullah-Regimes in Deutschland propagiert und die Hisbollah unterstützt.

Vereinsverbote in Deutschland sind überfällig, ebenso gegen weitere islamistische Organisationen. Der Islamismus breitet sich jedoch in der geistlichen Leere der westlichen Gesellschaft aus, die wir nur mit der christlichen Heilsbotschaft der Erlösung von Hass und Gewalt füllen können, damit auch Muslime frei werden.

76 Jahre Israel: Wir gratulieren Israel zum Jom HaAtzmaut!

Vor einem Jahr feierte Israel sein 75-jähriges Bestehen. Am 14. Mai 1948 verlas David Ben Gurion im Stadtmuseum von Tel Aviv die Unabhängigkeitserklärung Israels. Der Staat Israel kam und blieb gegen alle Widerstände. Der heutige Unabhängigkeitstag steht unter Kriegsgefahr und zunehmender Isolation Israels wie nie zuvor. Die Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 haben die gesamte Region erschüttert und Wellen von Juden Hass weltweit an die Oberfläche gespült. Israel besteht in dieser Konfrontation dennoch, auch weil es Freunde auf der ganzen Welt hinter sich weiß. Diese Freunde haben Eden Golan gerade durch die unsäglichen Anfeindungen beim ESC getragen.

Es ist Zeit, Täter und Opfer, Wahrheit und Lüge zu unterscheiden und auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Israel existiert nicht nur, weil es so wehrhaft ist, sondern weil Gott es zurück in dieses Land gebracht hat und Er seine Hand über sein auserwähltes Volk hält. Sehen Sie hier das Statement von Karin Heepen, Spitzenkandidatin für die Europawahl und Bundesvorsitzende von Bündnis C – Christen für Deutschland <https://www.youtube.com/watch?v=4ER->



Bündnis C fordert, jede Duldung von islamistischen Organisationen zu beenden und die Wiedereinsetzung des „Expertenkreises Politischer Islamismus“ beim Bundesinnenministerium, den Innenministerin Faeser 2022 aufgelöst hat.

29.04.2024

ubRk8vSw: Wer sich an Israel vergreift, verbrennt sich die Finger. Legt Eure Feindschaft gegen Israel ab, damit Euer Land Frieden und Heilung findet!

14.05.2024



Karin Heepen: Legt Eure Feindschaft gegen Israel ab!

Bünd... 980... **Abonnieren** 677 **Teilen**

11.385 Aufrufe vor 2 Monaten

75 Jahre Grundgesetz

Das deutsche Grundgesetz wurde nach dem 2. Weltkrieg verfasst, in Rückbesinnung auf die christlichen Wurzeln der Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde in Artikel 1 wurzelt im christlichen Bild vom Menschen als Ebenbild Gottes. Es ist die Quelle für die Anerkennung der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Mit der Anerkennung seiner Freiheit als Person ist der Mensch nicht mehr Subjekt in einem Gesellschaftssystem oder Objekt einer Regierung, sondern deren Gegenüber.

Die Trennung von weltlicher und geistlicher Herrschaft war die Grundlage für freiheitlich-demokratische Verfassungsordnungen. Gleichzeitig können sie ohne die christliche Begründung von Freiheit und Verantwortung und die freiwillige Befolgung des staatlichen Rechts nicht als freiheitliche Ordnungen existieren. Und ihr Gemeinwesen ist auf das freie geistige, wirtschaftliche und soziale Engagement der Bürger angewiesen, das aus Liebe zum Nächsten und aus dem christlichen Arbeitsethos heraus die Welt gestalten und zum Besseren verändern will.



Diese geistigen Voraussetzungen für Freiheit, Gleichheit und Recht zu erneuern, ist unser Auftrag als Christen heute. Das Grundgesetz darf nicht zum Steinbruch für Partikularinteressen werden, sondern die Verantwortung vor Gott und Menschen muss Kompass unserer Gesellschaft sein.

23.05.2024

Pandemieabkommen der WHO: Hauptsache gesund?

Morgen soll in der WHO über einen neuen Pandemievertrag abgestimmt werden. Der Entwurf sieht die Ausweitung der Kompetenzen des WHO-Generaldirektors vor, einen Gesundheitsnotstand oder Pandemien auszurufen und weitreichende Empfehlungen zu Gegenmaßnahmen zu geben. Ein globales Bioüberwachungssystem soll Krankheitserreger identifizieren, und eine beschleunigte Entwicklung, Herstellung und globale Verabreichung von notfallzugelassenen Tests, Medikamenten und Impfstoffen etabliert werden. Hinzu kommt eine globale Informationskontrolle, die kritische Informationen zensiert.

Das Abkommen gefährdet medizinrechtliche Standards, die informierte Einwilligung in medizinische Behandlungen, Laborsicherheit, Meinungs-, Informations- und Wissenschaftsfreiheit und damit die „Gesundheitssicherheit“, die es vorgibt. Wir fordern die

Bundesregierung auf, gegen das Abkommen zu stimmen und zu ganzheitlichen Ansätzen im Umgang mit Infektionskrankheiten zurückzukehren, wie sie vor Covid-19 in jedem nationalen Pandemieplan vorgesehen waren.

Im christlichen Menschenbild sind wir Beziehungswesen, Einheit von Körper, Seele und Geist. „Hauptsache gesund“ bedeutet damit ganzheitliche Wiederherstellung und mit Gott und unseren Mitmenschen in Frieden zu leben. Gesundheit ist zugleich Eigenverantwortung und Angewiesensein auf menschliche Fürsorge, aber kein Recht, das man vom Staat einfordern oder das eine nationale oder supranationale Institution garantieren könnte. Gesundheitspolitik ist nationale Zuständigkeit und muss es bleiben. Dafür werden wir uns im EU-Parlament einsetzen.

26.05.2024

Im Krieg bestehen

Die USA sollen von 2026 an wieder weitreichende Waffen in Deutschland stationieren, die bis nach Russland reichen. Russland intensiviert seine Angriffe auf zivile Ziele in der Ukraine, während Orban die ungarische EU-Ratspräsidentschaft für eine zweifelhafte Friedensmission nutzt. Frankreichs Präsident Macron setzt den Frieden seines Landes mit einem linksradikalen Bündnis aufs Spiel und damit – als einziges europäisches Land mit ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat – die politische Stabilität und Stellung der EU. Das Attentat auf Präsidentschaftskandidat Trump und Bidens Rückzug aus dem Wahlkampf lassen Premierminister Netanjahus Besuch in den USA fast untergehen, während Israel von allen Seiten angegriffen und international immer mehr geächtet wird.

Die Zeichen stehen auf Krieg und kaum jemand will und unternimmt ernsthafte Bemühungen um Frieden. Wie agieren wir als Christen und als Partei? Frieden stiften ist das Kerngeschäft der Christen seit jeher. Wie bereiten wir uns auf Krieg vor, um in der Offensive zu sein und nicht in die Falle einer defensiven Haltung zu laufen?

In der Bibel finden wir zwei Beispielgeschichten der gegensätzlichen Regenschaften von König David und Ahab. Ahab schloss im Kampf gegen die Syrer am Ende einen falschen Frieden, der zu seiner endgültigen Niederlage führte (1Kön 20) und die Feindseligkeiten bis zum heutigen Krieg weiter schwelen lässt. David hingegen ging nie einen Vertrag oder Kompromiss ein, was schlussendlich in Ziklag zum vollständigen Sieg und Wiederherstellung führte (1Sam 27-30). Sein Leben war geprägt von Gehorsam gegenüber Gott, Furchtlosigkeit angesichts von Konflikten, Reue bei Fehlern und Tapferkeit im Krieg.

Seit vielen Jahren leben wir unter der Verheißung aus Jesaja 60,2: „Denn siehe, Finsternis bedeckt die Erde und Dunkel die Völker, doch über dir geht strahlend der HERR auf, seine Herrlichkeit erscheint über dir.“ Das heißt für uns, inmitten der Dunkelheit uns auf das Licht zu konzentrieren und wie David Gott zu suchen im Angesicht verheerender Nachrichten. Wir sollen uns nicht auf das Schlimme konzentrieren und uns davon herunterziehen lassen, sondern unseren Kopf über dem Lärm des Krieges halten. Unser Reden hat Macht, indem wir Leben statt Tod verkünden (Spr 18,21). Wir sind gefordert, Frieden untereinander zu halten angesichts von Meinungsunterschieden über die politische

Situation und Verletzungen, die daraus entstehen, und sollen sogar unsere Feinde lieben, sie segnen und für sie beten (Mt 5,43-45). Wir können nur auf dem Weg Jesu die Herausforderungen bestehen, die vor uns liegen, und darin Frucht der Gerechtigkeit bringen. Dabei ist die Freude am Herrn unsere Stärke (Neh 8,10).

Der sicherste Ort im Krieg ist im Zentrum von Gottes Willen und ausgerichtet auf unsere Berufung. Wir sind gerufen, in einem zunehmend feindseligen Umfeld für die biblischen Ordnungen, die Wahrheit und den Bund mit Gott einzutreten. Gott ruft seine Söhne und Töchter mit visionärer Kraft dazu auf, seine Verheißungen in Zeiten großer Prüfungen aufrechtzuerhalten und die Führer der Nationen zu warnen (Hes 33,1-6). Die eigentliche Agenda ist im Himmel beschlossen, sie bereitet die Nationen auf Krieg und Sein göttliches Eingreifen vor. Jesaja 26,8ff beschreibt die Gerichte, die mit zunehmender Intensität kommen. Wir sollen unsere Augen und Ohren für das schärfen, was der Geist der Kirche sagt, wo wir jenseits der politischen und kulturellen Perspektive die Nachrichten sehen, hören, verstehen und gehen. Gott ruft diejenigen auf den Plan, die die geistliche Sphäre verstehen und bereit sind, den Preis zu zahlen, sich in den Bereichen gesellschaftlichen Einflusses zu engagieren. Es ist für uns die Zeit zu wachen und zu erwachen. Nicht die Ungerechtigkeit, sondern die Liebe Gottes soll überhandnehmen (Mt 24,12; Hebr 1,9).

In Psalm 120,7 steht: „Ich bin für den Frieden, aber wenn ich rede, sind sie für den Krieg.“ Die Welt bereitet sich auf Krieg vor, während im Himmel die Hochzeit des Lammes vorbereitet wird (Offb 19,7). Wir sind die Braut, die im Chaos dieser Welt mit weißen Kleidern und gereinigten Herzen hervorkommen soll – nicht nur für die Ewigkeit, sondern hier und jetzt im Lärm der Kriegstrommeln.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Infomaterial zum Weitergeben



Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.



Minibroschüren zur Finanzpolitik und zur Israel-Politik, kurzgefasst



Kurzprogramm für die Europawahl: Unsere Positionen einfach, komprimiert und anschaulich zusammengefasst



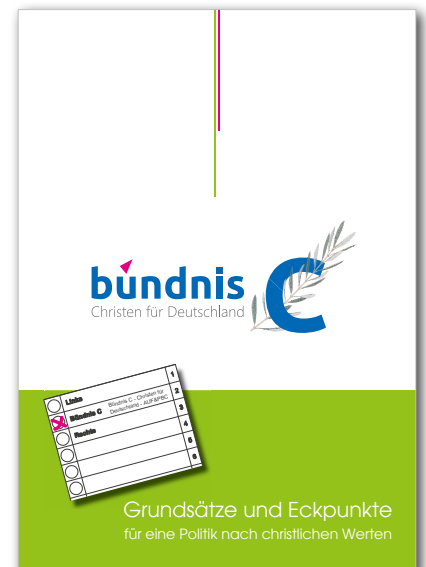
Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalz-Faltblatt „Warum Bündnis C wählen?“



Zwei Staaten für zwei Völker? Warum die Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina gescheitert ist und realistische Wege zum Frieden (A5-Broschüre)



Wirtschaft, Außenpolitik und Migration: Wie unsere Wirtschafts- und Außenpolitik Migration verursacht und wie wir das ändern können (A5-Broschüre)



Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten“

Telefonisch oder per Email bestellen bei:

Bündnis C – Christen für Deutschland
 Bundesgeschäftsstelle
 Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe
 E-Mail: info@buendnis-c.de

Der Geist unserer Politik?

Die vergangenen Europa- und Kommunalwahlen hinterlassen Fragezeichen inmitten einer Welt, die sich im Umbruch befindet. Es scheinen Wahlen der Extreme zu sein, die die Mitten eher geschwächt dastehen lässt. Der Versuch Macrons, einen Rechtsruck durch Neuwahlen in Frankreich entgegenzuwirken, stärkte am Ende ein linkes Bündnis, dessen Führungsfigur Israel in Frage stellt. Und in den Vereinigten Staaten tun sich fast unüberwindbare Risse zwischen Demokraten und Republikanern auf. Ein politisches Klima, das Menschen gegen Menschen aufbringt, zuletzt mit dem erschreckenden Attentat auf den Präsidentschaftskandidaten Trump. Und in Deutschland mit ansteigender Gewalt gegen Politiker und Wahlhelfer.

Wo findet sich noch eine Mitte, ein ausgleichendes Element? Wo sind die Parteien und Wählergemeinschaften, die Versöhnung und Ausgleich zum Wohle aller schaffen möchten?

Diese Stimmen existieren, doch gehen sie unter in den Schreien der Extremen. Keine Aufmerksamkeit für die Ruhe. Ruhe ist eigentlich das, wonach wir uns sehnen, nicht nur in der politischen Landschaft und der Weltpolitik. Gleichzeitig werden einst stabilisierende Werte über Bord geworfen, Moral und Normen werden hinterfragt – zum einen aus Verletzung bspw. durch die Kirche, zum anderen, weil man das christliche Weltbild dahinter nicht mehr möchte. Oder weil man einem Humanismus ohne höhere Instanz naheifert, der am Ende doch auch Feindschaft mit denen bedeutet, die nicht dieselbe Meinung teilen.

Welcher Geist sollte also unsere Politik prägen? Das fragt Michael Wear, einst unter der Obama Administration im Weißen Haus, in seinem neuen Buch „The Spirit of Our Politics“.



Eins ist klar, wir brauchen diese ruhigen Stimmen. Wir als Christen müssen selbst erst einmal zur Ruhe kommen bei dem dreieinigen Gott, uns geistlich formen lassen, wie Wear es ausdrückt. Es braucht eine Politik, die weder populistisch noch machthungrig ist, die niemandem etwas aufzwingen will und das Böse nicht im politischen Gegenüber wittert. Eine Politik, die jedem Menschen dienen möchte, sich mit jedem an den Tisch setzt – wie Jesus: den Bürgerinnen und Bürgern, den Geflüchteten, den Armen, den Menschen am Rande der Gesellschaft. „Und sucht den Frieden der Stadt, in die ich euch gefangen weggeführt habe, und betet für sie zum HERRN!“, heißt es in Jeremia 29,7a (ELB). Das war nicht Jerusalem, keine Stadt, in der das Volk Israel eine Mehrheit hatte, sondern eine Minderheit darstellte. Es braucht die „Daniels“ auch in dieser Generation, eine Minderheit, eine leise Stimme des Friedens und einen gesunden Geist der Politik.



Micha
Schlittenhardt

Vorsitzender
Beirat Bündnis C

bündnis C



bündnis C

Christen für Deutschland

[buendnis-c.de/eindruck-magazin](https://www.buendnis-c.de/eindruck-magazin)

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 32 – 2024/2

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.

Abb. auf Seite 7: freepik; 14: <https://thetrial2024.org/wp-content/uploads/2024/07/Decree-A4-1.pdf>; 15: aopsan/Freepik; 22: <https://wahlen.sachsen.de/europa-wahlen-2024-wahlergebnisse.php?wahlkreis=14524&gemeinde=14524040>; 34: Gerd Altmann/Pixabay; 35: Kaufdex/Pixabay; 35: juicy_fish/Freepik; 37: Adobe Firefly; 38: B. Herfurth-Schiömer; 39: Atamari, CC BY-SA 3.0/Wikimedia Commons; 40: congerdesign/Pixabay; 42: Mikhail Mamontov/Pixabay; 46: Arturo Castaneya/Unsplash; 46: (Foto M. Schlittenhardt), Samuel Gesang

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.



Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX